

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnats-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Nummern: 1,10 Mark pro Monat.
 Eintragung in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 29. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Wahl in Frankfurt-Lebus.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl unfres Genossen Dr. Heinrich Braun in Frankfurt-Lebus giebt der gegnerischen Presse, unter Führung der „Vossischen Zeitung“, den Anlaß zu häßlichen Bemerkungen über die sozialdemokratischen Mitglieder der Wahlprüfungskommission. Die „Vossische Zeitung“ schreibt zum Beispiel:

„Dah gleichwohl die Sozialdemokraten in der Wahlprüfungskommission gegen die Ungültigkeitserklärung gestimmt haben, beweist nur, daß sie das Partei-Interesse über die Gerechtigkeit stellen.“

Was natürlich die edlen Freisinnigen niemals gethan haben und niemals thun werden!

Wie liegen die Dinge?

In Frankfurt-Lebus standen sich drei Kandidaten gegenüber: Baumeister Jellisch für die Konservativen, Geh. Reg.-Rat Schwabach für Nationalliberale und Freisinnige, Dr. Braun für die Sozialdemokraten. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Jellisch 8208, Schwabach 7025, Braun 12817 Stimmen. In der Stichwahl erhielten Jellisch 14304, Braun 14655 Stimmen. Braun war somit gewählt.

Gegen diese Wahl erhoben die Nationalliberalen Protest mit der Behauptung, daß im Kreise ein vom Januar 1903 datiertes Flugblatt für Jellisch verbreitet worden sei, das unter andern Unterschriften auch folgende trug: v. Windheim, Regierungspräsident; Dr. Andrefen, Regierungsrat; Bauer, Regierungsrat; v. Stocfel, Regierungsrat; v. Schroetter, Oberregierungsrat; Bräuer, Regierungsrat. Durch die Veröffentlichung des amtlichen Charakters sei eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung geübt worden; ohne dieselbe wäre nicht Jellisch (der 1248 Stimmen mehr als Schwabach erhalten hatte), sondern Schwabach in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten gekommen und dann hätte Schwabach über den Sozialdemokraten gestiftet.

Nach bisheriger Praxis der Wahlprüfungskommission gilt die Veröffentlichung des amtlichen Charakters neben dem Namen solcher Beamten als Unterschriften für Wahlflugblätter als unzulässig. Und auch in diesem Falle ist das natürlich von den Sozialdemokraten nicht bestritten worden.

Aber bisher war in der Wahlprüfungskommission der Grundsatz maßgebend, daß ihrer Entscheidung die Thatfachen unterliegen, die in die Zeit von der Ausschreibung der Wahl bis zum Schluß der Wahlhandlung fallen. Und ferner hat die Wahlprüfungskommission bisher stets die Frage sich gestellt: ob und welche Einwirkung eine solche Thatfache auf das Ergebnis der Wahl gehabt habe. Und endlich hat die Wahlprüfung keine Protestbehauptung als Thatfache angenommen, wenn sie nicht entweder in den Wahlakten ihre Bestätigung gefunden oder durch Erhebungen oder sonstige für beweisen zu erachten war.

Von all' diesen Voraussetzungen ist die Wahlprüfungskommission in ihrer Mehrheit bei diesem Proteste trotz der diesbezüglichen Einwände der Minorität abgewichen.

Nicht einmal den Beweis, daß das Flugblatt überhaupt verbreitet worden sei, hat die Mehrheit für notwendig erachtet. Was würde die „Vossische Zeitung“ von einem Richter halten, der den angeblichen Verbreiter eines Flugblattes mit strafbarem Inhalt verurteilen würde, ohne vorher geprüft zu haben, ob der Angeklagte überhaupt das qu. Flugblatt verbreitet habe. Die Wahlprüfungskommission begnügt sich in ihrer Mehrheit mit der Kenntnisnahme einer — übrigens völlig unbegründeten — Behauptung, daß die Drucker einen Wahlaufschuß für Jellisch, unterzeichnet von Herrn Regierungspräsidenten v. Windheim, im Januar 1903 in 12400 Exemplaren gedruckt haben. Ein Beweis dafür, daß er mit dem dem Proteste beigelegten Wahlaufschuß identisch sei, war so wenig erbracht als dafür, daß dieser von ihnen gedruckte Wahlaufschuß nun wirklich zur Verbreitung gelangt sei. Daß aber Wahlaufschüsse gedruckt und gleichwohl nicht verbreitet worden sind, das dürfte von niemandem bestritten werden wollen!

Genau wird kein vernünftiger Mensch behaupten, daß ein im Januar verbreitetes Flugblatt unter allen Umständen ohne jeden Einfluß auf eine im Juni stattfindende Wahl sei; solch ein Flugblatt kann im Juni vergessen sein und umgekehrt können die behaupteten Beeinflussungsmomente mit der Länge der Zeit ihre Wirkung gesteiigert haben. Aber die Mehrheit der Wahlprüfungskommission hat das Verlangen der Minorität abgelehnt, aus diesem Fall grundsätzliche Konsequenzen zu ziehen. Sie hat nur für diese eine Frankfurter Wahl diese Einwirkung zugegeben.

Welches sind nun die Thatfachen, die eine solche Wirkung, wie die Protesterheber sie behaupten, bestätigen?
 Der konservative Kandidat, zu dessen Gunsten die amtliche Beeinflussung der Windheim und Genossen erfolgte, hat weniger Stimmen erhalten als der konservative Kandidat bei der letzten Wahl.

Der liberale Kandidat, der durch diese amtliche Beeinflussung angeblich benachteiligt war, erhielt mehr Stimmen als der liberale Kandidat bei der letzten Wahl erhalten hatte.

Soweit also Zahlen Beweiskraft haben, würden sie in diesem Falle gegen die Protestbehauptung sprechen. Eine weitere Beweisbehauptung nach dieser Richtung enthält aber der Protest unfres Wissens nicht, und weitere Beweismomente sind unfres Wissens in der Wahlprüfungskommission auch nicht hervorgehoben worden.

Nun kommt aber zu unfrem Kenntnis noch eine Thatfache, die der Wahlprüfungskommission nicht vorgelegen hat, die aber

geradezu schlagend klarlegt, daß die Mehrheit der Wahlprüfungskommission in ihrer Leichtgläubigkeit das Opfer einer Fälschung seitens der Protesterheber geworden ist. Zur Ehre der Protesterheber wollen wir annehmen, daß es bei ihnen um eine Vergeßlichkeit sich gehandelt hat.

Der Wahlaufschuß ist unterzeichnet: „J. A.: Datto, Professor (Frankfurt a. D.)“

Der Protest wendet sich, wie gesagt, gegen amtliche Wahlbeeinflussung, die dadurch betrieben worden ist, weil Beamte den Wahlaufschuß für Jellisch mit ihrem amtlichen Charakter unterzeichnet haben.

Nun höre man:

Vor und liegt ein Wahlaufschuß der vereinigten Liberalen des Wahlkreises Frankfurt-Lebus, datiert vom 27. Februar 1903, zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten Geh. Reg.-Rat Schwabach, Berlin. Der Aufschuß ist unterzeichnet u. a. von Datto, Professor, daneben auch von Wathis, Landgerichts-Präsident, und Zeidler, Erster Bürgermeister, Fürstentwalde.

Die Verbreitung dieses Wahlaufschusses ist erwiesen durch die Thatfache, daß er als Inserat in der Nr. 57 der „Frankfurter Oder-Zeitung“ vom Sonntag, den 8. März 1903, erschienen ist. Und für die Wirkung dieser amtlichen Beeinflussung wollen wir zunächst nur die Zahlen des Wahlergebnisses in Fürstentwalde anziehen. Dort wurden bei der Hauptwahl von 3063 Wahlberechtigten 2006 gültige Stimmen abgegeben, davon für Schwabach 700, für Jellisch 489 und für Braun 1717 Stimmen.

Als Erster Bürgermeister von Fürstentwalde sibt nämlich Herr Zeidler auch die Polizeigewalt aus. Kein Zweifel, wenn die Unterschrift Windheims, Regierungspräsident, als amtliche Wahlbeeinflussung sich kundgibt, wird niemand diese Beeinflussung seitens des Zeidler, Erster Bürgermeister, Fürstentwalde, bestritten können. Nur sibt sie Windheim für Jellisch, Zeidler für Schwabach. Aber die Konservativen hatten wenigstens soviel politisches Selbstgefühl, daß sie nicht Protest erhoben gegen die Beeinflussung zu Gunsten Schwabachs, und dabei ihre eigene Beeinflussung verhehlten!

Die Konservativen begnügen sich damit, daß die Mehrheit der Wahlprüfungskommission, im Vertrauen auf die politische und persönliche Glaubwürdigkeit der liberalen Protesterheber, die von diesen aufgestellten Behauptungen als wahr schlankweg hin-nimmt und dann — frei von jedem Partei-Interesse, rein geleitet von ihrem Gerechtigkeitsempfinden — einfach die Konsequenzen zieht und die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten, gegen den beide Wahlbeeinflussungen erfolgt sind, kurzerhand laßiert, obgleich die Wahl den Beweis erbrachte, daß diese gegen den sozialdemokratischen Kandidaten inszenierten Wahlbeeinflussungen erfolglos geblieben sind.

Finis justitiae, proest mundus! Ueber solcher Gerechtigkeit gehe die Welt zu Grunde!

Als in der Sitzung der Wahlprüfungskommission seitens der sozialdemokratischen Minorität warnend auf die Konsequenz des Mehrheitsbeschlusses hingewiesen wurde, daß künftig in allen Fällen, wo gegen einen konservativen oder sonstigen Ordnungskandidaten der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten drohe, es einfach ein Beamter durch solche Unterschrift jedesmal in der Hand habe, trotz Erfolglosigkeit seines Beeinflussungsversuches die Kassation der Wahl herbeizuführen, da wurde dieser Einwand als leere, willkürlich formale Konstruktion belächelt. Die Protesterheber, die selber diese Wahlbeeinflussung getrieben haben, erdringen rascher, als die Minorität selber es gedacht hat, den Beweis für diese — Logik des Mehrheitsbeschlusses.

Ob nach Kenntnisnahme dieser Thatfache die Mehrheit der Wahlprüfungskommission ihren Beschluß ansrecht erhalten wird, wollen wir vorläufig bezweifeln. Geschehe es, so würde das Plenum sich damit zu befassen haben.

Vorläufig aber wird die edle „Vossin“ unter dem Beifall der „Staatsbürger“ und der „Deutschen Tageszeitung“ ihren Lesern weiter erzählen, daß die Sozialdemokraten „das Partei-Interesse über die Gerechtigkeit stellen“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar.

Im Reichstage

wurde am Donnerstag die große sozialpolitische Debatte fortgesetzt. Als erster Redner kam der freisinnige Abgeordnete Gotthein an die Reihe. In seiner Besprechung des Crimmitzschauer Streiks stellte er sich fast in allen Punkten auf die Seite der sozialdemokratischen Kritik, ein Beweis dafür, wie minder befangene Beurteiler, selbst aus dem liberalen Lager, durch die Wucht der Thatfachen gedrängt werden, über das terroristische Unternehmertum von heute den Stab zu brechen. Weiterhin verlangte Herr Gotthein eine unparteiische Agrar-Enquete und leistete sich zum Schluß ein paar billige Witzchen über die Sozialdemokratie, die mehr Behagen als Geist verrichteten.

Interessanter gestaltete sich das erste Auftreten des radikal-polnischen Abg. Korzant, der im Wahlkreise Rattow bei den früheren Centrums-Abgeordneten Retocha verdrängt hat. Der noch nicht 31-jährige, blondgelockte Pole bestätigte den Ruf eines guten Kenners der ober-schlesischen Arbeiterverhältnisse und eines temperamentvollen Gegner der Bälows-Dammerstein-schen Despotenpolitik. Unter steigender Erregung des Gauses geistelte Korzant die Chikanierungen und Bestrafungen polnischer Arbeiter, die nichts getan haben, als ihre Muttersprache zu sprechen oder von ihrem Organisationsrecht den bescheidensten Gebrauch zu machen. Die Herren Palastisten der Rechten gerieten in

große Wut, als der Redner von „politischer Hochstapelei“ sprach und auch Graf Vassestrom wurde nervös.

Der folgende Redner, Herr Dr. Müller-Meinungen von der freisinnigen Volkspartei erklärte etwas mißvergnügt, er mache den „socialpolitischen Wettlauf“ nicht mit. Dagegen ist er ein eifriger und galanter Beschützer der bürgerlichen Frauenbewegung und kritisierte mit Recht den Don Quixotestreich der Hamburger Polizei, die während des Frauentages im vorigen Herbst einen Vortrag des Fräulein Lydia Heymann über „Die Reglementierung der Prostitution“ verboten hatte, mit dem einzigen Erfolg, daß dieser Vortrag am selben Tag im benachbarten Altona gehalten wurde.

Doch der Hamburger Polizei erstand ein Ketter in Herrn Dr. Schäfer, einem noch ziemlich affessorhaft aussehenden Bundesrats-Vertreter der freien Hansestadt an der Elbe. Mit dem ganzen ordnungsbegeisterten Pathos eines jungen Staatsmannes, der an die „beste aller möglichen Welten“ recht innig glaubt, gab Herr Schäfer nicht nur eine intime Rechtfertigung hanseatischer Polizei-Psychologie, sondern lieferte auch eine tiefgründige Unteruchung über Prostitution und „Anständigkeits“ noch gratis dazu. Weniger harmlos als diese unfreiwillig komischen Ergüsse war es, daß er die Frauenrechtlerinnen für stillos gefährlicher erklärte als alle Hamburger Vordelle zusammen.

Genosse Wurm führte die etwas entgleiste Debatte wieder in das reiche Feld unserer socialpolitischen Forderungen zurück. Im kritischen Teil seiner Rede widerlegte er zunächst den unbeweisbaren Anspruch des Grafen Posadowsky, als ob die Monarchie die treibende Kraft unserer Socialpolitik sei, und die ebenso haltlose Centum-legenden, die den Bischof Ketteler zum Urheiligen des Arbeiterschutzes stempeln möchte. Dann zu den märchenhaften Erfindungen über unsre Partei übergehend, mit denen neulich Herr v. Hehl auf die Unwissenheit der bürgerlichen Parteien spekuliert hatte, wies Wurm an der Hand der Thatfachen nach, daß der reichste Mann von Helsen wieder einmal Cheds angedeben hatte, die von der Mehrheit nicht honoriert werden. Nachdem unser Genosse auch die von einseitigen ärztlichen Interessen inspirierten Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten Dr. Wugdan zurückgewiesen, beleuchtete er in eingehender Weise die Verichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und stellte fest, daß in Süddeutschland gewisse Fortschritte im Ver-sehr der Gewerbe-Inspektoren mit den Arbeiterorganisationen auch hier um keinen Schritt vorwärts gekommen sind. In diesen Zusammenhang fügte sich ein Hinweis auf die edle Sache der Crimmitzschauer Fabrikanten, auf die Christlichkeit ihrer geistlichen Trabanten und die Klassenjustiz auch innerhalb der Gewerbe-Ordnung trefflich ein. Wurm schloß seine mehr als zwei-stündige Rede mit einem Mahnruf an das arbeitende Volk, alles Vertrauen nur an die eigene Kraft zu setzen.

Im Verlaufe seiner Ausführungen war unser Redner auch auf die Reueuningen zurückgekommen, die Genosse Schippel nach dem Vericht unfres Blattes im Wahlverein für den dritten Wahlkreis über die Agrarfrage und die Bewertung der Agrarzölle geübt hat. Er hatte sie als unberechtigterweise der fraktion, den von Schippel mit unterzeichneten Parteidokumenten und den Abstimmungen Schippels beim Zolltarif erklärt.

Schippel versicherte darauf in einer persönlichen Bemerkung, daß der Vericht des „Vorwärts“ in vielen ungenau sei und seine Ansichten verzerrt wiedergebe.

Den Schluß der Sitzung füllte eine Rede des Grafen Posadowsky aus, die 20 oder 30 im Laufe der Diskussion angeschnittene Fragen behandelte. Das wichtigste daraus war die Erklärung, daß die Vereinsgesetz-„Reform“ in Preußen den Frauen zwar das Recht geben soll, an gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen teilzunehmen, nicht aber an politischen. Dadurch würde der Volkswille nach wie vor Thor und Thür geöffnet sein. Ueber den Automobil- und den Zweiradverkehr sollen in allen Bundesstaaten gleiche Polizeiverordnungen erlassen werden. Im Reich stehen Gesekentwürfe in Aussicht über den Ausschuß und das künstlerische photographische Urheberrecht. Morgen geht die Beratung weiter.

Zum Herero-Krieg.

Nach telegraphischer Mitteilung des Generalkonsuls in Kapstadt ist dort über die gefährliche Lage und angeblichen Grenz-einbruch von Heremanshop nichts bekannt. Die englischen Nachrichten werden für unglaubwürdig gehalten. Nach einem in Kapstadt vorliegenden Telegramm des Führers der 8. Feldcompagnie, Hauptmann Stopp, dauert der Waffenstillstand mit den Banteldswaris fort und sollten Verhandlungen beginnen. Gefechte haben nicht stattgefunden, und es ist die deutsche Truppenmacht am Orange dem Feind überlegen.

Um Millerand.

Paris, 27. Januar. (Fig. Ver.) Millerand hat seine Aus-schließung aus der Partei so kaltblütig aufgenommen, daß die Meinung entstehen konnte, er wäre innerlich froh, die lästige Kontrolle einer Partei-Organisation losgehoben zu sein. Ganz anders haben seine Anhänger und Freunde aus der P. S. F. auf die Ausschließung reagiert. Sie gehen mit der Seine-Föderation scharf ins Gericht, sowohl in der Presse wie in Versammlungen, und in einzelnen Fällen sogar durch direkte Verletzungen der Parteidisziplin.

So haben drei von der Seine-Föderation aufgestellte Kandidaten für die kommenden Gemeinderatswahlen darauf verzichtet, unter dem Schild dieser Föderation zu kandidieren, und das im Einverständnis mit ihrem Bezirksverbanden. Das heißt, sie ziehen in den Wahlkampf auf eigene Faust, ohne sich an die Föderation zu kehren.

Ferner hat der Abg. Gabriel Deville in einer Versammlung seines Pariser Wahlkreises eine Protestresolution zur Annahme gebracht, die überhaupt jegliche Partei-

Kontrolle über die Gewählten bewirkt: „Seiner Organisation darf es gestattet sein, durch ihre eigene Kontrolle willkürlich diejenige der Wähler über das Wort ihres Vertreters zu erheben.“ Das Wahlkomitee des Pariser Abg. Konstantin protestierte gegen Millerands Ausschließung und will nach wie vor auf ihn als auf einen Verteidiger der sozialistischen Grundzüge rechnen.

Der Verband des 11. Pariser Bezirks hat an Millerand eine ebenso parteiliche wie läppisch-byzantinische Kuldigung-Adresse gerichtet. Da wird der ehemalige Minister mit dem „hochgradigsten Glanz der ersten sozialistischen Tugend“ umgeben. Diese Tugend sei die Arbeitsfähigkeit: „Um sie (bei Millerand) zu loben, wird sie bald „erschreckend“ genannt wie das Genie von Pascal, bald mannigfaltig und großartig wie die Unternehmungen Franklin und Robert Owens; wie sagen lieber, daß sie methodisch und unermüdblich ist wie der Gang der Menschheit ihrem Weisheit entgegen. ... Zweifelte weder am Sozialismus noch am Menschengeschlecht, weil sich irgendwo ein vorübergehendes Wiedererwachen vorgezeichneten Tierheit ereignet hat ...“ Und so fort.

Der förmliche Einfall in Millerands Ausschließung einen Rückfall in „vorgeschiedliche Tierheit“ zu erblicken, wird minder gelehrt, aber viel größer entwickelt im „Parti Socialiste“, dem Organ der Ober-Föderation und des Abg. Breton. Da werden die Ausschließung einfach in den Kot gegert, seine reichliche Tagelöhne, Säuer ja geschimpft.

Die parlamentarische Kammerfraktion endlich hat ihren Klugmutstest gemacht in der dilettantenhaft folgenden Resolution: „Aus Achtung vor der Wahrheit kann die parlamentarische sozialistische Gruppe nicht ohne Protest die Behauptung hingenommen lassen, daß Genosse Millerand die Disziplin der Gruppe und sein Versprechen, diese Disziplin zu beobachten, verletzt hätte, denn in Bezug auf das ihm vorgeworfene Verbrechen war kein Präzedenzfällen gesetzt worden.“ — Dieselbe gewiß wahrheitsgemäße Feststellung wird offenbar auf täuschende dreifach gehaltenen Absichtungen der Fraktion Anwendung finden. Im Grunde aber bedeutet diese Rechtsfertigung Millerands soviel als die Beurteilung der ganzen Fraktion und eine weitere Bestätigung der politischen Belanglosigkeit der einseitigen Aktion gegen die Person des ehemaligen Ministers. Den Millerand sind sie los, die Millerands sind geblieben.

Die Seine-Föderation hat ihrerseits auf die Angriffe mit einer Resolution geantwortet, die sich namentlich gegen die Auffassung desselben über das Verhältnis zwischen Partei und Abgeordneten wendet. Es heißt da unter anderem: „Angesichts der Stritten, auf welche selbst die Idee der sozialistischen Partei-Disziplin in gewissen Kreisen stößt, die die Grundideen des modernen Sozialismus mangelhaft erfährt haben, — stellt die Föderation fest, daß die politische Aktion des Proletariats zur notwendigen Verbindung hat die Kontrolle der sozialistischen Erwählten, durch eine disziplinierte Massenpartei, daß die Erwählten die politischen Vertreter der gesamten sozialistischen Partei sind und nicht nur der nichtorganisierten Wähler.“ — Stimmt! Aber die Abschachtung eines einzigen Sünder unter Verhöhnung seiner zahlreichen Mitstreiter läßt sich dadurch am wenigsten rechtfertigen. Und ferner vermögen die schönsten Resolutionen nicht aus der jaurestischen Partei eine „disziplinierte Massenpartei“ zu machen.

Ostasien.

In Bezug auf in Europa verbreitete Nachrichten über angebliche erste Unruhen in Korea wird in Tokio an maßgebender Stelle berichtet, daß dieselben von keinerlei Bedeutung sind. Nach japanischen Konsularberichten aus Seoul sind seit Anfang dieses Jahres nur an zwei Punkten, nämlich in Hyöng-shan und in Lihon-an im Bezirk Tschung-shan-do uneheliche Beunruhigungen durch eine Räuberbande entstanden, welche etwa zehn Mann stark sein dürfte. Wie an diese angeblichen Unruhen und an die Ernennung des Generals Nishi zum Militärattaché in Seoul geknüpften Folgerungen seien grundlose Erfindungen.

Die „Times“ melden aus Seoul: Der japanische Konsul beklagte sich beim Minister des Reichs über die Diebstahle, die auf der Eisenbahnstrecke Seoul-Yusan begangen wurden, und drohte, er werde entsprechende Maßnahmen treffen, wenn Korea unfähig sein sollte, dem Räuberunwesen ein Ende zu machen.

Der englische Staatssekretär des Innern Herd Douglass hielt heute Abend hier eine Rede, in welcher er die Lage im fernem Osten besprach und ausführte, die Regierung werde mit ihren Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung der Frage beizutragen, weiter fortfahren. Sollte diese Hoffnung unglücklichlicherweise nicht erfüllen, so werde die Regierung in Uebereinstimmung mit den Bedingungen des bestehenden Vertrages verfahren und ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Verbündeten nachkommen.

Der Petersburger Korrespondent des „New York Herald“ (Pariser Ausgabe) telegraphiert: „Ich erhalte eine höchst außergewöhnliche Nachricht, die so sensationell ist, daß ich zögern würde, sie zu veröffentlichen, falls mir ihre Wahrheit nicht wiederholt von einer Persönlichkeit versichert worden wäre, die am besten in der Lage ist, die Dinge zu kennen.“ Die Meldung lautet: „Deutschland und Dänemark haben ein Abkommen geschlossen, wonach für den Fall, daß England sich Japan gegen Rußland anschließt, Deutschland mit einer mächtigen Streitmacht sofort eine freundschaftliche Besetzung Kopenhagens ausführt und dadurch die Ostsee tatsächlich sperrt, so daß die Russen verhindert werden, aus der Ostsee auszulassen, und die Engländer, in sie einzulassen. Bei der unvermeidlichen Leistung Chinas im Kriegsfall beansprucht Deutschland für sich die Peking-Provinzen.“

Die Meldung klingt in der That außerordentlich sensationell.

Deutsches Reich.

Erklärung.

Genosse Schippel erucht uns um die Aufnahme der folgenden Erklärung:

Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den gestrigen Versammlungsbericht des „Vorwärts“ als irreführend bezeichnet — was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Berichterstatter einschließen soll.

Der Bericht erweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als die heute in den parlamentarischen Mehrheiten maßgebenden schilderte, als meine Auffassungen erscheinen.

Nach wie vor vertrete ich die beim Volkstumpe und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen.

Max Schippel

Auffensatz.

Aus Königsberg i. Pr. meldet uns ein Privat-Telegramm: „Auf eine weitere Beschwerde des Staatsanwalts hat das Oberlandesgericht den Haftbefehl gegen Braun und Nowogrocki aufrechterhalten.“

Es ist nicht gerade ermutigend, sich auf politische Auslassungen des Prof. Hans Delbrück zu berufen, da der Mann eine fatale Neigung zu wunderlichen Widerprüchen und Irrungen hat. Immerhin hat das historisch geschärfte Gewissen den Berliner Professor doch zu einer Art des schamlosen Inoffensivitäts gebirgs, deren Schärfe in der Zeit der „stummen Hunde“ anerkannt werden muß. Er fährt in den „Preussischen Jahrbüchern“ aus:

„Schon die Agenten, die die russische geheime Polizei verwendet, hat der Chef seiner Polizei selber, der Minister des Innern, einmal als Nicht-Genitlemen bezeichnet müssen — was für angebene Hallunken werden erst die entsprechenden Russen sein! Nur mit der tiefsten Beschämung konnte ein deutscher Patriot die Reichstags-Verhandlungen darüber lesen, daß diese russischen Spione auf unserm Gebiet geradezu Verbrechen haben begehen können, daß sie mit Anarchisten zugleich die russischen Idealisten und Liberalen verfolgten, daß sie nicht bloß Russen, sondern auch deutsche Staatsangehörige beobachteten und demüchtigten und daß deutsche Behörden ihnen willfährig gewesen sind.“

Skurrilitäten sind diejenigen, in denen gleiche Kultur, Rechts-, Ehe- und Bildungsbegriffe gelten. Das in Frankreich ein Anarchist ist, das ist auch in Deutschland ein Anarchist. In den Augen des russischen Staates aber und namentlich der russischen Polizei ist ein Anarchist ein Mann, der Opposition macht; gerade die Träger des europäischen Lebens in Rußland, die Vertreter höherer Bildung und Bildung sind es, die dort als Revolutionäre verfolgt und unterdrückt werden. Da ihnen in Rußland der Mund verschlossen ist, so haben sie sich in Deutschland ein Organ geschaffen, die in Stuttgart von Herrn von Strabe herausgegebene „Befreiung“, die für Rußland eine konstitutionelle Verfassung erstrebt und deren Programm wir seiner Zeit mitre Lefern mitgeteilt haben. Nur im beschlossenen Brief kann dies Blatt seinen Lesern in Rußland zugehen. Da hat die deutsche Polizei sich dazu hergegeben, bei Herrn von Strabe Hausdurchsuchung zu halten, seine Korrespondenzen zu konfiszieren und sie der russischen Polizei auszuliefern.

Es hat selten gegeben, unter Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV., wo man Preußen höher schätzte als eine russische Satrapie beachtete. Aber eine so tiefe Erniedrigung, wie heute unter der Verantwortung des Reichskanzlers Grafen Bismarck hat Preußen doch selten in seinen Jahren niemals auf sich genommen.

Praktische Staatsmänner pflegen die idealistischen Begriffe von Ehre, Recht, nationaler Würde gegenüber den realen Vorteilen in der Politik gering einzuschätzen, aber die Weltgeschichte weiß auch, wie sehr und wie oft diese Geringschätzung sich gerächt hat. Ohne Zweifel ist es für die deutsche Politik wichtig und notwendig, sich mit dem Jaren gut zu stellen und ihm gefällig zu sein, wo es ohne Schaden geschehen kann. Aber es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten darf, und hier ist bereits ein schwerer verwindlicher Schaden geschehen. Das ganze Treiben und Umwehen der russischen Spionwirtschaft ist an den Tag gebracht und ausgedeckt durch die Sozialdemokraten. Der Vorsitzende der Anklage im Reichstage war der Abgeordnete Vebel; der durchschlagende Tag in seiner Rede war, als er dem Grafen Limburg-Strum zurück, daß auch der Herr Graf, wenn er seine Ansichten in Rußland vorträge, dort die Aussicht auf Sibirien habe. Wie kommt die deutsche Regierung dazu, Rußland im Kampf gegen die europäische Bildung zu unterstützen? Die Empörung über die Erklärungen der Regierung, die der Staatssekretär v. Richtigens verlas, ist allgemein, in allen Parteien und in allen Kreisen, und der sozialdemokratische Redner hat dagesunden als der Kämpfer für Kultur, Recht und nationale Ehre.

Die andre Seele des Professors Delbrück anhert damit wieder in einer ehrwürdigen Verbeugung vor der spärlichsten Sozialistenrede Wälwös. Aber er sagt hinzu: „Was nützen alle solche Reden, wenn unmittelbar darauf der Sozialdemokratie gestattet wird, als Wortführerin des nationalen Gewissens aufzutreten?“

Herrnhäuserreden im Reichstags-Restaurant.

Der Präsident des Centrums, Graf v. Kallestrem, der trotz des Mißtrauensvotums der stärksten Partei im Reiche auch das Amt eines Reichstags-Präsidenten übernommen hat, berief für den Sitzungsfreien Mittwoch seine engeren Vertrauensleute zu einem Dinner ins Reichstags-Restaurant, um am Geburtstag Wilhelms II. gemeinsam zu feiern. Bei dieser Gelegenheit hielt der Graf eine Rede, die als Zeugnis neuerdlicher Sitten nicht ganz übergangen werden soll, zumal sie zeigt, welches Kaltgefühl einen Grandseigneur der Geburt und des Verstandes auszeichnet.

Graf Kallestrem sprach zunächst von der merkwürdigen Halskrankheit Wilhelms II. wie von einem weltgeschichtlichen Ereignis. Er schloß in seine Betrachtungen einige Anekdoten im Stoff des 18. Jahrhunderts ein. Er habe beim Empfang des Reichstags-Präsidenten durch den Kaiser bemerkt:

„daß es außerordentlich gut und weise von Seiner Majestät gewesen wäre, daß er mit den ersten Nachrichten, die in das Publikum drangen über seine Krankheit, auch die Gutachten von ärztlichen Autoritäten publizierete, welche das Publikum zu beruhigen geeignet wären.“ Da antwortete Seine Majestät: „Ja, Sie haben's gut gesagt, ich bin aber zwei Monate herumgegangen, ohne zu wissen, ob die Sache gutartig oder bösdarig wäre.“ — Meine Herren, welch großartige Auffassung! Zwei Monate ist der Kaiser herumgegangen in der Ungewißheit, ob er den Stein eines tödlichen Leidens in sich trüge oder nicht! Während dieser Zeit hatte er immer seine kaiserlichen Pflichten erfüllt, und niemand ist auf den Gedanken gekommen, daß ein solches Leiden den Kaiser bedrohe. Ich deutete dies auch in der Unterredung mit Seiner Majestät dahin an, daß ich sagte: „Und noch kurz vor der Operation haben Majestät die bedeutungsvollen Zusammenkünfte mit dem Kaiser von Rußland gehabt! Da sagte der Kaiser ganz einfach wie ein Familienvater: „Nun ja, wenn's was Böses gewesen wäre, dann wolle ich doch meinem Sohne angenehme nachbarliche Verhältnisse hinterlassen.“

Graf Kallestrem hat hier offenbar einen Scherz des Kaisers arg mißverstanden. Im Grunde hat er natürlich nicht gemeint, daß seine ständige Zusammenkunft mit Nikolaus II. von dauerndem Einfluß auf das politische Verhältnis zu Rußland sein könne. Der Kaiser hat sich durch seine Unpartheiligkeit einfach deshalb nicht abhalten lassen, das längst vereinbarte Stillschweigen zu befehlen, weil die politische Aufgabe zu unliebsamen Kombinationen geführt hätte. Faktisch sind denn auch trotz der Zusammenkunft in Wiesbaden die nachbarlichen Verhältnisse außerst unangenehm; sie waren in der ganzen preussischen Geschichte niemals so traurig wie jetzt, wo Preußen völlig sich dem Rußendienst ergeben hat.

Graf Kallestrem streifte dann völlig die Würde eines Reichstags-Präsidenten ab und hielt als Herrnhäuser einen echten Herrnhäuserprediger kirchlicher Ase. Er nahm zugleich die Gelegenheit wahr, um seinen Parteifreunden in Böhmen in ihrem Feldenkampf gegen den „Simplizismus“ beim Leben. Er feierte den Geburtstag seines Kaisers, ohne jede sachliche Begründung, mit folgender Denunziation: „Das ist ein neues Band, welches den Kaiser mit dem deutschen Volke verbindet, und dieses Band soll nicht zerissen werden. Es soll nicht zerissen werden durch Leute, die das kaiserliche Ansehen und die kaiserliche Person in der Öffentlichkeit herabsetzen.“ (In Verhörtens Drama!) und die nicht immer bloß dem Imperator angehören. Es gibt auch andere publizistische Organe und Willkürer, welche es sich zum Beruf gemacht haben, die kaiserliche Person und die kaiserliche Würde herabzusetzen. Dagegen wolle ich an dieser Stelle ein Wort sagen, und mir im Reichstage werden gewiß bei jeder Gelegenheit solche Bestrebungen entgegengetreten. (Stimmliches Bravo!) Meine Herren, wir werden nicht nur von den Kaiser und Reich treuen, sondern wir werden auch unsere Liebe auf diesen herrlichen Mann verteilen, welcher an der Spitze des Deutschen Reiches steht.

Es ist dazu zu sagen, daß im Reiche sich niemand den Beruf macht, die kaiserliche Person und die kaiserliche Würde herabzusetzen. Außer den amfellen Byzantinern, die da tagtäglich durch ihre Handlungen und Worte den Schein erwecken, als löwe die Monarchie nicht leben ohne das Parastimmeln oder Lobhudelei, die jede kleine Selbstverständlichkeit zu einer Anthesidat aufbläst.

Biel fiesedter als die in die Nebenräume des Reichstages der Dreimillionen-Partei vertierte Herrnhäuserrede des Grafen Kallestrem wirkte die Ansprache des alten jungen Präsidenten des Herrenhauses, der trotz der gehobenen Stimmung graule Wämer kriechen sah. Dieser fähr zu Jun- und Anphausen geruhte nämlich in seiner Festrede zu bemerken:

„Zwar sagt ein böser Wurm an seinem Fundamente (nämlich des Thrones), gewissenlose Agitatoren regen die Massen auf, erreichen in ihnen fortwährende Unzufriedenheit, zeigen ihnen goldene Berge, und so wachen die Feinde des Staates in zunehmender Progression nicht als überzeugte Sozialisten, sondern als arme, verführte Menschen, die auf materiellen Gewinn hoffen. Thron und Altar, Kirche und Staat, Eigentum und Leben stehen in Gefahr, und es ist hohe Zeit, daß eine energische Regierung diesem Treiben ein Halt entgegenstellt und den durch Gewalt Verführten den Frieden wiederbringt. Hoch hat die Monarchie einen festen Boden im Volke, aber dieses will sehen, was sie bedeutet, und darum sollen Thaten an Stelle vieler Worte treten.“

Nichtigst Konsultiert der erlauchte Herr mal einen bewährten Würndoktor, wenn er von solchen Vorstellungen gepeinigt wird. —

Sozialpolitische Forderungen.

Zum Etat für das Reichamt des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wichtige sozialpolitische Forderungen in Form von Resolutionen eingebracht. Die Resolutionen wiederholen zum Teil die bei Beginn der Session in Anträgen gestellten Forderungen, einige enthalten neue Vorschläge.

Unter Vorweis auf die betreffenden Uralsachen, in denen die Forderungen ausführlich dargelegt und begründet sind, wird beantragt:

Gesetzentwurf, durch welchen ein Reichs-Arbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter gemäß dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern (Drucksache Nr. 67, Auer und Genossen) errichtet werden.

Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Wohnungsloswesen vorzulegen, insbesondere Konstitutiv-Vestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes.

Gesetzentwurf, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Lehrwesen beschäftigten Personen spätestens ab 1. Januar 1906 auf längstens zehn Stunden, ab 1. Januar 1907 auf längstens neun Stunden und vom 1. Januar 1908 ab auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag frei gegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit spätestens vom 1. Januar 1906 ab von längstens acht Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 23 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden zugelassen werden; eventuell

dem Reichstage noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis in der Industrie beschäftigten Personen vom 1. Juli d. J. ab auf täglich längstens zehn Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.

Der Reichstag wolle beschließen: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, bis zur nächsten Session für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in denen giftige oder injizierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden, Vorschriften auf Grund der §§ 120a und 120b der Gewerbe-Ordnung zu erlassen.“

Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglichen Einrichtung der Baubetriebe, Unterrichtsstände, Bedürfnisanstalten, Unfallversicherungs-Versicherungen und Baukontrolle gemäß dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes (Drucksache Nr. 80, Auer und Genossen) geregelt wird.

Verordnung, durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glasschmelzen verboten wird mit Ausnahme der Hilfsarbeiter, die zur Unterhaltung der Glasschmelzen notwendig sind.“

Die Antwort auf die Polenpolitik. Eine polnische Provinzialdelegierten-Versammlung in Posen stellte dem Reichstags-Abgeordneten Korfanth als Kandidaten zur Landtagswahl in Schrimm-Schroda-Wreschen auf.

Der Sieg des Radikalismus! —

Präsidentenstücke des Centrums. In dem bayerischen Abgeordnetenhaus hat der Centrumspräsident v. Dinter nicht nur die parlamentarische Minderheit, sondern sogar seine Kollegen im Präsidium knurrend terrorisiert, um das Seelenheil der Gläubigen vor den Wahrgelben des „Simplizismus“ zu schützen.

Aus München wird vom Donnerstag telegraphiert: Zu Beginn der Sitzung der Abgeordnetenkammer verliest Präsident v. Dinter ein Schreiben des liberalen Kreispräsidenten v. Lötterer, in welchem dieser sein Amt niedertut, weil er in der Art und Weise, wie der Präsident in der Sitzung vom 25. d. M. ihm die Leitung des Geschäfts abnahm und seine Anwesenheit zur Geltung brachte, eine Herabwürdigung vor dem Hause und dem ganzen Lande erblide. Ebenso hat der liberale Schriftführer Schmidt (Wunsiedel) sein Amt niedergelegt.

So gerecht ist der Liberalismus, wo er Macht hat! Graf Kallestrem würde übrigens nicht anders handeln! —

Ausland.

Schweiz.

Nachregelungen von Bundesbeamten. Die herrschsüchtige und läppische schweizerische Bureaucratie inklusive des Bundesrats macht sich immer höher. In Zürich wurde ein Telegraphenbeamter gemahregelt, weil er eine Beschriftung über die Missetände in der Telegraphenverwaltung veröffentlicht. Als sich der Telegraphenbeamte v. Jürsch des Gemahregelten annahm, wurden zwei Vorstandsmitglieder desselben gemahregelt, beide Familienväter. Ihre Kollegen haben sich bis auf einige charakterlose Speisekellerer mit ihnen solidarisieren erklärt und unterstützen sie. Ferner ist von den vertriebenen Verbänden des eidgenössischen Personal- und Initiativkomitee gebildet worden, das eine Eingabe an die Bundesversammlung richtet will wegen Verletzung des Vereinsrechts durch den Bundesrat ferner einen Widerstandsfonds zur Unterstützung von gemahregelten Beamten gründen und durch gemeinsames Vorgehen in Sachen einen bundesgerichtlichen Einspruch herbeiführen will. So arbeitet die radikalste Bundesbureaucratie erschwerungsweise der Sozialdemokratie in die Hände und so enthält sich das Geheimnis, die Lulle des Wahnsinns und der Erfolge der sozialdemokratischen Bewegung. —

Frankreich

Die Wahl von Remicremont.

Paris, 26. Januar. (Fig. Ver.) Die Kammerwahl im früheren Stommité Méline's ist ein bedeutsamer Abschluß der politischen Laufbahn dieses verflochtenen Ordnungschefs. Schon in den allgemeinen Kammerwahlen 1902 hatte der bis dahin ohne Gegenkandidaten gewählte Méline seine liebe Not gehabt, um den dempartistischen Nationalisten J. L. J. L. mit 917 gegen 551 Stimmen zurückzubringen. Der Schlaumeier zog daraus die Konsequenzen. Bei der ersten Gelegenheit rettete er sich in den Senat hinüber. Die dadurch notwendig geordnete Erziehung hat nun dem Nationalisten den Sieg gebracht. Häßliche wurde mit 930 gegen 8290 Stimmen des von Méline unterstützten Kandidaten Desleumortiers gewählt.

Die Niederlage ist für Méline um so beschämender, als er nicht einmal unter der eignen Fahne bestieg wurde. Er war gezwungen, im Widerspruch zu seiner Parteistellung einen Kandidaten zu empfehlen, der sich, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zur antisocialen Politik des Blocs bekannte. Denn eine maßhaltige Kandidatur wäre von vornherein aussichtslos gewesen. Die Niederlage ist für ihn desto bitterer, als sie ihm von seinen eignen sozialen und politischen Schülern bereitet wurde, von den reaktionären

Großindustriellen, die er durch seinen Hochschulkollegen „Bereidert“ und „gemäht“ hat, wie der „Tempo“ schon während des Wahls in der Offenherzigkeit des Jörnes über die Unantbarbarkeit schimpfte. Der Sieger Slavetz ist selber einer von diesen Großindustriellen.

Das Wahlergebnis vom Reineremont ist zudem eine logische Fortsetzung der allgemeinen Wahlen 1902 im ganzen Vogesen-Departement. Damals gingen den Républicains drei Sitze verloren, und zwar sämtlich ebenfalls zu Gunsten nationalitätlich verummelter „Rass“-Nationalisten. Der Républicanismus erweitert sich so im kleinen wie im großen als die geeignetste Vorstufe der Rass-nationalistischen Demagogie.

Demgegenüber ist es keine Schamhäligererei, wenn die oppositionelle Presse einschließlich des „Tempo“ in der Wahl Slavetz in diesem oder jenem Grade einen Protest der Patrioten gegen die Annäherung Delfors zu erblicken, vorgeht. Die chauvinistische Verblöding der ehemaligen Républicains-Wähler des Grenz-Departements und des Grenz-schweizerlandes in allen Ehren. Ebenso unmissverständlich glaubt das belagerte nationalitistische Volkstum, trotz aller dokumentarischen Widerlegungen, an das unverlöbliche Revanchement des Abbé Delfor. Aber der nationalitistisch-bonapartistische Wahlsieg hat, wie gesagt, dem doch viel tiefere und allgemeinere Ursachen als den chauvinistischen Wurm um Delfor. —

Ambulante Armee-Verteidigung.

Paris, 26. Januar. (Sig. Ver.) Kriegsminister André ist unerschütterlich und unermüdet in seinem gerichtlichen Feldzug für die Armee-Ehre. Er versucht sein Glück überall, vor den Geschwornen aller Landesteile, ohne sich durch die fortgesetzten Misserfolge abdrücken zu lassen. Nach der Freisprechung der Armee-Verteidiger durch die Jury von Auxerre (dreimal) und von Paris vielfach er auf den Gedanken, das in Paris erscheinende Gewerkschaftsorgan „Voix du Peuple“ vor das Schoungericht zu Trosses zu schleppen im Verein mit dem dortigen revolutionär-socialistischen Wochenblatt „Défense des Travailleurs“. Insgesamt wurden zehn Mann angeklagt, darunter auch die Verkäufer der beiden Blätter — ganz wie anderwärts. Die Anklage wurde, wie immer in antimilitaristischen Prozessen, auf Grund eines der „verbrüchlichen“ Ausnahmegesetze von 1894 (wider die „Anarchisten“) erhoben. Der Staatsanwalt hielt eine besonders schöne Rede. Er fasste die Geschwornen auch an ihrem Eigentumssinn zu packen und malte an die Wand die schreckliche Aussicht auf die unvermeidliche Blünderung ihrer Habe, falls die Verteidiger der Armee, des Delfors aller Ordnung, strafflos ausgehen würden. Ergebnis — Freispruch sämtlicher Angeklagter.

Gleichzeitig aber mit dem Freispruch von Trosses werden zwei weitere Prozesse zu Ehren der Armee angekündigt. Huetot, Sekretär der Pariser Arbeitsbörse, wird in Rouen verfolgt wegen einer militärischen Versammlungsrede. Das Schoungericht von Reims wird über den Gewerkschaftler Charomolu zu urteilen haben, den verantwortlichen Unterzeichner eines unter den Rekruten verteilten „Soldatenbilletts“, das nichts anderes ist als eine Wiedergabe des bereits in Paris freigesprochenen „Soldaten-Handbuchs“! —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 28. Januar 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung konstituieren sich die fünf ständigen Ausschüsse. Vorsitzender Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Es hat zunächst die Wahl eines Mitgliedes für die Steuerdeputation, sodann (infolge der Beanstandung der Ausschussvorschlüge seitens des Stadtv. Singer) die Wahl der Mitglieder zur Schuldeputation und endlich die Wahl von drei Mitgliedern zur 168b. Armenkommission durch Stimmzettel stattgefunden. Gegen die von dem Ausschuss für Unbesoldete zu letzterer Kommission gemachten Vorschläge war aus der Mitte der Versammlung ebenfalls Einspruch erhoben worden.

In die Steuerdeputation wird Stadtv. Brunsow gewählt. Stadtv. Sahn berichtet über die Ausschussverhandlungen, welche in betreff der Errichtung einer städtischen Schwesternschule stattgefunden haben. Die Satzungen für die Ausbildung und Anstellung von Schwestern für den Krankenpflegebereich der Stadt Berlin und die Satzungen für die Oberin der städtischen Schwwesternschaft sind ohne erhebliche Änderungen angenommen. Nur über die Höhe des Aufgebots hat man längere Zeit hin- und hergestritten.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt. Zu § 1, welcher die Errichtung einer städtischen Schwesternschaft festsetzt, bemerkt Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Durch die Ausschussbeschlüsse wird die ursprüngliche Resolution der Versammlung, welche auf Beschaffung eines geeigneten Wärtersonnals hinzielt, keineswegs erledigt, sondern nur die Frage der Beschaffung weiblichen Personals. Es ist der Verdacht entstanden, daß der Magistrat beabsichtigt, die männlichen Pfleger allmählich aus den Krankenhäusern auszunutzen. Der Ausschuss ist anderer Meinung. Jedenfalls wären wir dem Magistrat für eine Erklärung dankbar. Wenn man auf das Platzierte dieses männlichen Personals und auf das Vorhandensein ungeeigneter Elemente unter demselben verweisen sollte, so ist schon jetzt zu erwidern, daß dieser Mangel bei genügender Bezahlung der männlichen Pfleger schließlich verschwinden wird. Eine Sachverständigen-Konferenz hat sich für die gemehrte Pflege als das Zweckmäßigste ausgesprochen. Wir betrachten daher diese Vorlage nur als Abkürzungszahlung. Eine generelle Erledigung der Frage ist hier nicht beabsichtigt, sonst müßte z. B. auch die Frage der Arbeitszeit geordnet werden; ich hoffe, daß später eine Vorlage wegen solcher genereller Regelungen ebenfalls erfolgen wird. An der Vorlage haben wir mehrere Punkte zu beanstanden, in welchen die geordnete Gestaltung der Krankenpflege nicht gewährleistet erscheint. Wir beantragen u. a., daß auch die Probenschwestern jederzeit das Recht haben soll, auszuscheiden; bezüglich der Zeugnisse wollen wir eine Regelung, welche den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs entspricht. Unsere weiteren Anträge werden bei den einzelnen Paragraphen zur Erörterung kommen.

Stadtv. Weigert: Mit der Vorlage ist tatsächlich nur der zweite Teil der Resolution erledigt. Bezüglich der Wärier ist in der Vorlage nichts gesagt. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß die Resolution allerdings den Mangel entzwingt, welche über das männliche Personal laus geworden sind. Die Bestimmungen, daß wir die männlichen Wärier gänzlich eliminieren wollten, trifft nicht zu. In „Friedrichshain“ und „Urban“ haben wir vorgangweise Schwestern in Tätigkeit, aber daneben auch Wärier. Schon aus Rücksicht auf dasartiggefühl der Kranken wird das gemehrte Schichten auch weiterhin bis zu einem gewissen Grade Platz greifen müssen.

§ 1 wird darauf angenommen, desgleichen ohne Debatte §§ 2-8.

§ 11 lautet: Beim Eintritt muß die Schwestern sich schriftlich verpflichten, nach Ablauf ihres Ausbildungsjahres noch drei Jahre der städtischen Schwesternschaft anzugehören. Vom Stadtv. Wehl ist die Streichung beantragt.

Referent Stadtv. Sahn: Der Standpunkt der Gleichberechtigung zweier Parteien, den der Kollege Wehl in diesem Punkte bezieht, ist hier doch nicht anwendbar. Wir müssen eine Gegenleistung haben für die Ausbildung, die wir den Schwestern gegeben haben. Sonst gehen die Auszubildeten einfach in die Privatpflege und wir haben für unsere Opfer, für die unentgeltliche Ausbildung kein Äquivalent. Stadtv. Wehl: Ich wage es, von dem nicht gut unterrichteten Ausschuss an das besser zu unterrichtete Plenum zu appellieren. Der Referent meint, es handle sich hier förmlich um eine Schwestern, die mit ihrem Lehrer doch nicht in einem derartigen Vertragsverhältnis stehen könne. Es handelt sich hier um Schwestern, welche das 20. Lebensjahr erreicht haben. Gerade wenn Sie Wert legen auf die Erhaltung der Beruf-

Freudigkeit, dürfen Sie keinen Zwang ausüben, die Schwestern in dem Beruf zurückzuhalten, in dem sie aus irgend welchen Gründen nicht mehr bleiben wollen. Die Direktion soll das Recht haben, jederzeit eine solche Schwestern zu entlassen, gleichviel aus welchen Gründen. Die Schwestern können ja, wenn sie durchaus fort wollen, durch schlechte Behandlung der Kranken, durch ungewisses Verhalten und dergleichen ihre Entlassung geradezu erzwingen. Wozu also diese Vorschriften, die geradezu zu einer Hörigkeit ausarten muß? Wir wollen es auch nicht mitmachen, daß man den Schwestern auf diese Weise verwehrt, sich selbständig zu machen; es wäre das eine andere Art von Konkurrenzklauel. Es liegt im Interesse der Schwestern, der Kranken und der Stadt, dieses Hörigkeitsverhältnis aufzuheben.

Stadtv. Nathan (Bild): Wir haben gegen die Völligkeit freilich kein Mittel. Eine gewisse Gegenleistung seitens der jungen Mädchen für diese Leistung muß verlangt werden; sonst haben wir unsere ganze Pflegerinnen-Schule schließlich nur zum Vorteil der Privatkonkurrenz geschaffen.

Stadtv. Dove (A. L.): Die Ausführungen des Kollegen Wehl stehen im Widerspruch mit sich selbst. Elemente, welche ihren Willen an den Kranken auslassen, wird man doch gewiß schleunigst entfernen.

Stadtv. Wehl: Herr Nathan vergißt, daß die Schwestern doch auch in dem Ausbildungsjahre arbeiten und damit der Stadt nützen; die eigentliche Unterweisung dauert doch bloß ein paar Wochen und nicht das ganze Jahr. Deswegen ist das Reden jenseits des Herrn Nathan falsch. Unsere städtischen Anstalten sollen doch auch Musteranstalten sein.

Stadtv. Reas tritt für Aufrechterhaltung des § 11 ein. Stadtv. Cassel: Jedes Lehrungsverhältnis muß eine gewisse Stabilität und Dauer haben, das liegt im Interesse der Zöglinge selbst, ihrer ordentlichen Ausbildung. Von Hörigkeit kann dabei keine Rede sein.

Stadtv. Singer: Herr Cassel hat wohl die Vorlage nicht gelesen. Wir reden hier von dem Stadium, welches nach Beendigung des Lehrungsverhältnisses eintritt. Mit einer kleinen Variation macht die Vorlage daselbst, was man sonst durch die Konkurrenzklauel zu erreichen sucht; die betreffende Dame wird für drei Jahre an die Seite der städtischen Verwaltung gelegt, kann also eine andere Gelegenheit, mehr zu verdienen, während dieser Zeit nicht ergreifen. Das ist unzulässig namentlich von Seiten einer Behörde, die ihre Verträge nicht schließen sollte nach der Richtung, die Angestellten nach Möglichkeit im eignen Interesse auszunutzen. Die Bedingungen müssen für beide Teile gleich sein. Wenn die Stadt sich vorbehält, die Dame drei Jahre lang festzusetzen, dann müßte sie sich auch verpflichten, sie nicht vor drei Jahren entlassen zu dürfen. Der einseitige Vorschlag der Vorlage erscheint daher nicht angemessen. Es fehlt nur noch eine Konventionalklausel, wie sie bei der Konkurrenzklauel üblich ist. Ich bitte im Interesse der Berechtigten, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Langerhans: Die Ausbildung einer Pflegerin ist auch in einem Jahre noch nicht vollendet. Die Schwestern haben ja nicht auswendig zu lernen, sondern sich zu üben in einer großen Menge von kleinen Handreichungen und dergleichen, die sie noch nach einem Jahre nicht völlig beherrschen. Unsere trankten Mitsbürger würden unglaublich dran sein, wenn sie Schwestern überantwortet wären, die nach einem Jahre beladig abgehen können. Haben Sie nicht in der ganzen Welt solche Bestimmungen? Rüssen nicht auch die Juristen drei Jahre lernen, was sie in einem halben Jahre lernen können? (Zuruf.) Ja kann also Herrn Dr. Wehl absolut nicht zustimmen. Erst jahrelange Arbeit macht die Pflegerin fähig, eine ordentliche Krankenwärterin zu sein. Erwidern Sie es doch den Mädchen nicht so, etwas Ordentliches zu lernen. (Weißl.)

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Die Juristen passen hier nicht her; aber die militärischen Bildungsanstalten sind eine Analogie. Die dort ausgebildeten Kerzle müssen sich zum Verbleib im Militärdienst auf lange Jahre verpflichten. Heute ist eine Versammlung von Kerzlen in Berlin, da wird verhandelt über einen Revers, den die Krankenkassen, deren Vorstände den Sozialdemokraten sehr nahe stehen, den Kerzlen vorlegen, wodurch sich letztere auf fünf Jahre zur Kasernenpraxis verpflichten sollen, während die Kerzlen sich einjährige Kündigung vorbehalten. (Hört! hört! und Geheul.) Das scheint mir doch viel eher ein Hörigkeitsverhältnis zu sein. § 11 ist durchaus notwendig.

Stadtv. Singer: Mit der Wärme, die ihn ziert, hat der Vorsteher diesmal durchaus vorbeigeredet. Wir haben niemals gegen eine gute Ausbildung der Krankenschwestern gesprochen. Er hat einem Teil der Versammlung Meinungen unterzühlt, die nicht geäußert worden sind. Durch den Vergleich zur Penitene wird die Sache selbst nicht beifaßwürdiger. Auch das hier herrschende Verhältnis hat in weiten Kreisen längst viel Mißbilligung erregt. Wenn die Krankenkassen-Vorstände etwas von den Kerzlen verlangen, was wir nicht billigen können, so werden wir mit unserer Meinung nicht zurückhalten. Die Partei ist nicht identisch mit den Kerzlen und für ihr Tun nicht verantwortlich. In der letzten Zeit ist es ein außerordentlich beliebter Sport geworden, Dinge, die man nicht sachlich widerlegen kann, auf sozialdemokratischen Terrorismus abzuwälzen. Die Kerzlen werden Sie erst dann unterlassen, wenn Sie nach Jahr und Tag einsehen werden, daß Sie das auch nicht weiter bringt. Das verplanzte sich von den Gegenübernden in die kommunalen Körperschaften und in die Bezirksvereine, wo man, wenn man nichts mehr zu sagen weiß, auch am besten wegwinkt, wenn man auf die andern schimpft. Das Herr Rommeln anzuführen, ist aber inhaltlich unrichtig. Was wir vom Magistrat verlangen: volle Gleichheit in den Verträgen, das haben die Krankenkassen erfüllt. Ein Kollege, der selbst einen solchen Vertrag unterschrieben hat, bestatigte mir das. Ich erwarte um von der Loyalität des Herrn Rommeln einen Widerruf.

Stadtv. Cassel bekräftigt die Verechtigung der Vorwärie Singers gegen ihn und den Vorsteher.

Stadtv. Wehl: Der Vorsteher ist einem Mißverständnis zum Opfer gefallen. Ich habe einen Revers wie erwähnt unterschrieben und stelle fest, daß diese Kerzlen mit der Sozialdemokratie nichts zu ihm haben, denn 1/2 der Vorstandsmitglieder sind Arbeiter, also des Herrn Rommeln Klassenkassen. Der Beschluß des Vorstandes dieser fünf Krankenkassen, die Kerzle auf fünf Jahre festzusetzen, ist ein einmütiger gewesen, auch die Arbeitgeber haben ihm zugestimmt. Bei einer ganzen Reihe von Kerzlen waren gerade die Arbeitnehmer dagegen. Es handelt sich um ein gegenseitiges Kontratsverhältnis; die Kerzlen sind ebenso verpflichtet, die Kerzle bei sich die Zeit tätig sein zu lassen, wenn nicht etwa schwere Ungehörigkeiten vorkommen.

Stadtv. Rommeln: Ich stelle fest, daß die Kerzle, auf die ich mich stütze, die Angabe enthält, daß die Kerzlen sich das einjährige Kündigungsrecht vorbehalten haben. Sollte sie sich als falsch erweisen, so werde ich nicht mit der Nichtigkeit des § 11 zögern.

§ 11 wird angenommen.

Nach § 12 erhält die Schwestern nach Ablauf von sechs Monaten ein Taschengeld von monatlich 10 Mark, nachträglich zahlbar.

Stadtv. Wehl will die Worte „nach Ablauf von sechs Monaten“ streichen und beantwortet die Streichung namentlich mit Hinweis darauf, daß man den Übertritt von Mädchen aus der Arbeiterklasse in die Pflegerinnen-Schule nicht erschweren dürfe.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 13 lautet: Während der ersten Hälfte der Lehrzeit kann die Schwestern nach 14-tägiger Kündigung auszuscheiden. Zur Krankenpflege nicht geeignete Schwestern können jederzeit ohne Angabe der Gründe von der Direktion entlassen werden. Auf ihren Wunsch erhalten sie ein Zeugnis mit Angabe der Gründe ihrer Entlassung.

Nach dem Antrag Wehl soll die Schwestern während der Lehrzeit jederzeit auszuscheiden können. Den Entlassenen soll ein Zeugnis über Art und Dauer der Beschäftigung erteilt werden, das sich auf Wunsch über Führung und Leistung auszusprechen hat.

Ohne Debatte wird § 13 unverändert angenommen.

§ 14 schreibt die Verpflichtung der Schwestern zur Stellung einer Kaution von 200 M. vor.

Stadtv. Wehl: Diese Bestimmung ist im Ausschuss nur mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Es ist ein Umling, von Angehörigen der Arbeiterklasse zu verlangen, daß sie über eine Kaution von 200 M. verfügen sollen. Im Ausschuss hieß es zuerst ganz allgemein, es ginge nicht an, aus der Gemeinde-Schule hervorgegangene Mädchen in die Pflegerinnen-Schule aufzunehmen, und erst eine Erklärung des Ober-Bürgermeisters ergab, daß das die Absicht des Magistrats nicht gewesen sei. Dann ist es erst recht nicht zu verstehen, wie man glaubt, daß solche Mädchen oder deren Angehörige zur Stellung einer Kaution von 200 M. gezwungen werden sollen. Wo sollen sie das Geld herbekommen? Es scheint doch darauf hinauszulaufen, daß man mit dieser Pflegerinnen-Schule bloß ein Versorgungssheim für Damen privilegierter Stände erstrebt. Auch mit der Kaution wird übrigens nichts erreicht, denn die Dame, die weg will, kann das durch unartiges Benehmen, Widerspenstigkeit usw. erreichen und bekommt dann die Kaution zurück.

§ 14 wird unverändert angenommen.

§ 16, der auch der Probenschwestern die Pflicht auferlegt, 3 Jahre in der Schwwesternschaft zu verbleiben, wird, entgegen dem Antrag Wehl auf Streichung, aufrecht erhalten.

§ 18 besagt, daß die Probenschwestern während der Probezeit nach 14-tägiger Kündigung auszuscheiden kann.

Stadtv. Wehl: Bei den Probenschwestern liegt es anders wie bei den Schwestern. Die Probenschwestern ist eine junge Dame, die ihre Schulung hinter sich hat und sich durch ein Befähigungszeugnis auszuweisen hat. Da halten wir es für unbillig, daß sie 14 Tage vorher kündigen soll, während die Direktion sie zu jeder Zeit entlassen kann.

§ 18 bleibt unverändert; ebenso werden die übrigen Paragraphen und die Satzungen für die Oberin nach dem Ausschuss-Beschlüssen angenommen.

Das Resultat der Wahl zur Schuldeputation wird bekannt gegeben. Gewählt sind mit 80-77 Stimmen die Stadtv. Kemp, Fritsch, Cassel, Schulze, Berger, Witow, Harinann, Ulrich, Temp. Bernes, Iden; 27 resp. 26 Stimmen haben Singer und Vorgmann erhalten.

Auch in die 168b. Armenkommission werden die von dem Ausschuss vorgeschlagenen mit 79 gegen 25-23 Stimmen gewählt.

Vom Stadtv. Wallach liegt ein Antrag vor, den Magistrat um Ankauf zu ersuchen, wieweit die Angelegenheit wegen Verbreiterung der Alexanderstraße bezw. das Enteignungsverfahrens wegen der Grundstücke 12 und 12a geblieben ist.

Stadtv. Hylke (A. L.) weist auf das ungewöhnlich langsame Tempo der Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit hin.

Stadtv. Bohm teilt mit, daß ohne Schuld der Verwaltung das Enteignungsverfahrens sich hinausgezögert hat. Die Enteignungsummen seien erst im Oktober-Dezember festgestellt worden. Im Februar werde der Vermahlung eine Vorlage zugehen.

Stadtv. Wallach demängelt, daß man die Grundstücke viel zu früh von Mietern freigestellt hat; es sei event. ein ganzes Jahr Mierte der Stadt verloren gegangen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Daraus kann ich dem Magistrat keinen Vorwurf machen; ich muß im Gegenteil lobend anerkennen, daß er nur dem Drängen des Ausschusses gefolgt ist. Mit dem Abriß müßte aber so bald wie möglich begonnen werden, um die von den Fahrern der elektrischen Straßenbahn als „Kampfgalerie“ bezeichnete Stelle, wo unvorhergesehene Unfälle jedes Augenblick passieren können, zu beseitigen. Mit dem Niederlegen eines Teils des sogenannten „Grauen Glendes“, der Salerne, ist es allein nicht gethan, sondern diese beiden Häuser müssen fallen.

Ein weiterer Antrag Wallach bezweckt, Ankauf vom Magistrat zu erhalten darüber, ob die Verhandlungen wegen der Eingemeindung der südlichen Seite der Straße Hafenstraße noch nicht zu Ende geführt sind resp. in welchem Stadium sich dieselben befinden.

Stadtv. Wallach: Seit 1901 haben wir von der Sache nichts mehr gehört. Hier konnte es sich empfehlen, das Bild der Stadt zu arrondieren, weit mehr als die Eingemeindung von Plägensee und Nähe wird.

Stadtv. Bohm: Früher hat es sich immer bloß um die Einverleibung der Hafenstraße als Park gehandelt. Der Fiskus hat dort inzwischen parzelliert und bauen lassen. Wir haben mit Tempelhofer, mit Kreis, Provinz und Militärkosas verhandelt; die Ansprüche beliefen sich auf insgesamt (inklusive Kanalisationsanschluß an Berlin) 1 1/2 Millionen. Das Tempelhofer Feld sollten wir mit einverleiben; an Debanung ist auf absehbare Zeit nicht zu denken. Wir haben unter diesen Umständen der Eingemeindung nach Kirdorf, die inzwischen nahezu perfekt geworden ist, nicht widersprochen. Eine Vorlage oder einen Bescheid an die Versammlung haben wir bei der Klarheit der Sachlage nicht für nötig gehalten.

Stadtv. Wallach bedauert lebhaft dieses Verhalten des Magistrats, wodurch die auf dem Gebiete der Eingemeindung gemachten Fehler sich wieder um einen vermehrt hätten.

In der weiteren Debatte bemerkt

Stadtv. Vorgmann (Soz.), daß anscheinend für den Magistrat auch der Kostenpunkt bei eventueller Einverleibung des Tempelhofer Feldes maßgebend gewesen sei. Das Feld werde früher oder später bebaut werden, wenn auch der Fiskus heute nicht daran denke. In 10, 15 Jahren könnten ganz andre Ansichten herrschen und dann würde wieder einmal feststehen, daß Berlin in puncto Eingemeindung nicht weitgehend genug gewesen sei. Der Magistrat sollte also jetzt alles thun, die Sache im Interesse Berlins zu erledigen.

Auf dem Potsdamer Platz sollte in der Nähe der Leipzigerstraße vor dem Josty'schen Gebäude ein größerer, künstlerisch ausgestalteter Kandelaber aufgestellt werden. Die Mittel dafür waren schon im Jahre 1898 bewilligt. Der Magistrat hat auf Grund der Erfahrungen in neuester Zeit von dieser Aufstellung Abstand genommen und plant als Ersatz die Aufstellung von zwei 16 Meter hohen, mit stark leuchtenden Vogenlampen versehenen Kandelabern, die auf den beiden Inselpavillons ihren Standort erhalten sollen. Zur Freilegung der Kosten sollen die seit 1898 zur Verfügung stehenden 20 000 M. mit verwendet werden.

Stadtv. Michelt (Fr. Fr.) hält die Vorlage für gegenstandslos, sofern demnach der ganze Potsdamer Platz wieder umgestaltet werden sollte, und wünscht event. Aussetzung der Beschlußfassung.

Stadtv. Ghard stellt denselben Antrag und wünscht, zuvor Probebeleuchtungen anzustellen.

Stadtv. Rommeln: Es handelt sich bloß um eine Umbauung, der für den Potsdamer Platz bestimmte Kandelaber ist inzwischen nach dem Brandenburger Thor überriedelt worden. Die neuen Kandelaber sind bestellt. (Zurufe.) Es liegt das durchaus innerhalb unserer Zuständigkeit. Die Versammlung kann sich unmöglich darum kümmern, wie im einzelnen irgend eine Laterne aufgestellt wird. Sie hat ja noch die Kritik der Ausführungsmassnahmen des Magistrats und wir müssen dieser Kritik still halten.

Stadtv. Singer: So tief kann sich die Versammlung doch nicht herunterdrücken lassen, wie es nach den Worten des Stadtrats scheinen könnte; sie wäre ja dann bloß noch eine Geld-bewilligungs-Kommission. Nachdem über die Kandelaber-Frage eine neuerliche Verhandlung innerhalb der Verwaltung erfolgt ist, würden wir die Vorlage ohne weiteres annehmen können, wenn uns bestätigt wird, was ich für sicher halte, daß der Teil des Potsdamer Platzes vor Josty aus von einer event. projektierten Wenderung der Untergrundbahn nicht berührt wird. Probebeleuchtungen haben wir wirklich nicht mehr nötig. Ich finde auch die Beleuchtung der Leipzigerstraße nicht mangelhaft, sondern halte sie auf lange hinaus für die bestbeleuchtete Straße Berlins (Lebhafte Zustimmung.) Unser städtische Beleuchtung hat sich überhaupt sehr verbessert und nur in den abseits vom großen Verkehr liegenden Straßen sollte noch etwas nachgeholfen werden.

Stadtv. Rommeln hat durchaus nicht im geringsten in die Zuständigkeit der Versammlung hineinreden wollen.

Stadtverordnetentage erklärt die Voraussetzung Singers als durchaus zutreffend. Die Vorlage wird nach kurzer weiterer Erörterung angenommen.

Nachdem der Schankwirt Emil Kerfin, Panfir. 32b, wegen der Kasserung seiner Wahl die Klage gegen die Verammlung im Verwaltungsverfahren erhoben hat, muß eine Vertretung der Verammlung bestellt werden. Das Mandat hierfür wird dem Stadtverordneten Caffel übertragen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen stellt sich um 9 Uhr die Nichtbeschlußfähigkeit der Verammlung heraus.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Mit welchen grundlosen Behauptungen in dem gegenwärtigen Streite von ärztlicher Seite operiert wird, lehrt ein Artikel der „Vossischen Zeitung“, der offenbar von einem Arzte herrührt. Darin heißt es:

„Es ist uns unbegreiflich, wie man bestreiten kann daß der Erlaß des Krankenkassen-Gesetzes die Lage der Kerzte verschlechtert hat.“

„Die Krankenkassen haben die Preise der ärztlichen Leistungen herabgedrückt, soweit sie nur herabgedrückt werden konnten.“

Demgegenüber sei doch einmal darauf verwiesen, daß das kaiserliche Statistische Amt in der Statistik der Krankenkassenversicherung für 1900 alle von den Kerzten erhobenen Klagen einer gründlichen Untersuchung unterworfen hat. Darin wird festgestellt, daß erstens — was wir schon mehrfach bargelegt haben — die Kraskosten pro Kopf der Versicherten seit 1885 von 2,16 M. auf 3,60 M. im Jahre 1900 (und 3,70 M. im Jahre 1901) gestiegen sind; daß zweitens die Kraskosten jetzt einen größeren Bruchteil der gesamten Krankheitskosten ausmachen als im Jahre 1888; daß drittens die Kraskosten bei den Ortskassen in erheblich stärkerem Maße gestiegen sind als die Verwaltungskosten; daß viertens, trotzdem die Zahl der Kerzte in Deutschland seit 1885 um 74 Proz. gestiegen ist, die Ausgaben der deutschen Krankenkassen, berechnet auf den Kopf aller approbierten Kerzte, noch viel stärker, nämlich um 118 Proz. gestiegen sind; daß fünftens zwar die Kassenkonten pro Kopf des approbierten Arztes um 75 gestiegen, die nicht versicherte Klientel aber um 99 abgenommen hat. Von dieser Abnahme entfallen demnach nur 75 auf die Zunahme der Versicherten, 24 aber auf die Zunahme der Kerzte.

Nach diesen Untersuchungen kommt das kaiserliche Statistische Amt zu dem Schluß, daß sich die Lage der Kerzte während des Bestehens der Versicherungs-Gesetzgebung nicht wegen, sondern trotz derselben verschlechtert hat.

Wie man angesichts solcher Feststellungen behaupten kann, die Kassen hätten die Bezahlung der Kerzte herabgedrückt, ist uns unbegreiflich; umgekehrt ist es: die Kassen haben die Bezahlung der Kerzte fortgesetzt erhöht.

Aber ebenso unbegreiflich ist uns, wie der Arzt in der „Vossischen Zeitung“ schreiben kann:

„Die Kunden, die außerhalb der Kassen stehen, sind spärlich gefäß.“

Von den 56 Millionen Einwohnern des Deutschen Reiches gehören rund 10 Millionen den Krankenkassen an. Nur ein ganz geringer Bruchteil der Kassen hat bis jetzt Familienversicherung, die Zahl der mitversicherten Familienangehörigen läßt sich mit der vorhandenen Statistik leider nicht feststellen, aber sie erreicht nicht entfernt die Zahl von 10 Millionen, auch noch keine 5 Millionen; es bleiben mehr als 40 Millionen der freien ärztlichen Praxis übrig und das nennt man gegenüber der Zahl der Kassenpatienten spärlich gefäß?

Die Kerzte in Grimmitzschau haben ihre Tätigkeit für die dortige Ortskasse eingestellt.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis.

Die Stadtverwaltung in Köln hat nach vorheriger Beratung mit den gewerkschaftlichen Organisationen Sonntag, 17. Januar, eine amtliche Arbeitslosen-Zählung vorgenommen, wobei die Organisationen die Zähler stellten, die Stadt die Kosten trägt und die Bearbeitung des Materials übernimmt. Diese Zählungen sollen sich periodisch wiederholen. Das vorläufige Ergebnis der ersten Zählung liegt jetzt vor. Es waren danach am 16. Januar, einem Sonnabend, arbeitslos: 2476 arbeitsfähige männliche, 161 arbeitsfähige weibliche Arbeiter, 697 kranke männliche, 195 kranke weibliche Arbeiter; insgesamt ergaben sich also als arbeitslos 3129 Arbeiter beider Geschlechter. Die Zahl ist aber noch erheblich höher, da es in einzelnen Bezirken mit den Zählern haperte. Der Vorklag wie die vorhergehenden Tage hatten für die Arbeitslosigkeit günstiges und frohsfreies Wetter. Und dennoch die erschreckend hohe Zahl! Es hat sich erwiesen, daß der einzig zuverlässige Maßstab zur Feststellung der Arbeitslosigkeit solche amtliche Zählungen von Wohnung zu Wohnung sind. Die städtische Verwaltung hatte bisher stets die Arbeitslosigkeit nach den Zahlen der allgemeinen städtischen Arbeitsnachweis-Anstalt taxiert und sich bei ihrer Haltung gegenüber den Anträgen auf Schaffung von Notstandarbeiten auf diese berufen. Am Tage der Zählung waren bei der Anstalt nur 908 männliche in Köln anwesende Arbeitslose eingezeichnet, während die Zählung 2078 arbeitsfähige männliche Arbeitslose ergeben hat.

Der Kaktus-Ladenschluß wurde in Oer a durch polizeiliche Anordnung für Bäder und Fleischer eingeführt. Ausgenommen von dieser Bestimmung ist nur der Sonnabend, an dem, wie in den anderen Geschäften, um 9 Uhr Geschäftsschluß ist. Für alle anderen Geschäfte, ausgenommen die Milchhandlungen, war der Kaktus-Ladenschluß bereits seit dem 1. Januar eingeführt worden.

Eine Probe glänzender Disziplin haben die Arbeiter Rürnberg gegeben. Vor einiger Zeit wurde vom Magistrat neuerdings wieder die Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse verlangt. Wie gewöhnlich lehnten die freimütigen Stadtväter dieses Verlangen ab, weil sie den Arbeitern nicht das Recht einräumen wollten, in ihren Versicherungsangelegenheiten mitzubestimmen. Als die Regierung dann den Magistrat zwang, wenigstens eine Abstimmung über die Frage unter den Beteiligten zu veranstalten, kügelten die Herren einen Abstimmungsmodus aus, der auf der ganzen Welt noch nicht angewendet wurde. Es wurde nämlich die Zahl der Versicherungspflichtigen festgestellt und bestimmt, daß die Kasse nur dann errichtet werde, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten sich für die Orts-Krankenkasse ernäze. Da unter solchen Umständen an die Errichtung einer Mehrheit nicht zu denken war, wurde in einer Arbeiterversammlung beschlossen, sich an der Abstimmung überhaupt nicht zu beteiligen. Rummehr liegt das Resultat der Abstimmung vor: von 54.000 Stimmberechtigten haben ganze 42 abgestimmt, von diesen erklärten sich 35 gegen die Orts-Krankenkasse.

Geschäftlicher Schutz des Wirtschaftspersonals in der Schweiz. Bei der Revision des Wirtschaftsgesetzes des Kantons Basel ist der schon bestehende Schutz des Wirtschaftspersonals in erfreulicher Weise erweitert worden; wozu Eingaben des Vereins der Hotelangestellten und der Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz vorlagen. Beschlossen wurde vom Großen Rat, nachdem auch der sozialdemokratische Regierungsrat Bullschleger entschieden für einen weitestgehenden Arbeiterschutz eingetreten, das Verbot der Verwendung von männlichen Personen im Alter von unter 16 Jahren, während bisher nur eine solche von

Mädchen unter 18 Jahren, insofern sie nicht zur Familie des Wirtes gehören, verboten war. Die ununterbrochene Minimal-Arbeitszeit innerhalb 24 Stunden wurde von 7 auf 10 Stunden verlängert und zwar für das gesamte, im Dienste des Wirtes stehende Personal. Die bisherige Bestimmung betreffend die Freigabe von mindestens 6 Stunden an einem Nachmittag in jeder Woche wurde beibehalten und neu hinzugekommen die Bestimmung, daß in jedem Monat ein voller Ruhetag von 24 Stunden zu gewähren ist. Weiter werden die Wirtse verpflichtet, dem Dienstpersonal gesundheitsfördernde Schlafräume zur Verfügung zu stellen, welche der Kontrolle unterstehen.

Gerichts-Zeitung.

Die „bösen Buben“ gaben gestern eine eigenartige Gastrolle vor dem höchsten Schöffengericht. Es handelte sich um eine Privatklage der Schauspieler Karl Reinhard vom Deutscher Theater und Rudolf Bernauer vom Neuen Theater, beide vertreten durch Justizrat Paul Jonas, gegen den Hausdiener des Metropolit-Theaters, Julius Freund, vertreten durch Rechtsanwält Leonard Friedmann. Die beiden Privatkläger sind die Unternehmer der unter der Spitzmarke „Die bösen Buben“ von Zeit zu Zeit in Szene gehenden Vorstellungen. Der Zutritt zu diesen ist nur denjenigen Personen gestattet, welchen auf ihre Namen lautende Eintrittskarten zugewiesen sind. In einer solchen Vorstellung erkrankte Herr Julius Freund und um die Justizierung einer Eintrittskarte. Er erhielt aber das Geld mit folgendem ablehnenden Bescheid zurück: „Die bösen Buben bedauern, an Julius Freund keine Einladung senden zu können, da ihnen die Anwesenheit des Herrn Freund bei den Veranstaltungen der „bösen Buben“ nicht erwünscht erscheint.“ Julius Freund fühlte sich durch diesen Brief verletzt und schrieb an die Privatkläger folgende Antwort: „Ich habe Ihre Abschnen, im vollsten Sinne des Wortes „Bubenhaft“ geilen erhalten und würdige diese einer Antwort nur, um ein Mißverständnis zu beseitigen. Ich selbst habe nur ein einziges Mal einem Ihrer allerersten Dilettanten-Abende beigewohnt und diesmal die Besorgung der Karte nur im Auftrage einer mir bekannten jungen Künstlerin übernommen, in der irrigen Meinung, es mit wohlgezogenen Leuten zu thun zu haben, ohne auf eine derartig pöbelhafte aber mich eigentlich recht belustigende Anrede in impotente Protokolle gefaßt zu sein.“ — Dieser Brief bildete den Gegenstand der Privatklage. — Justizrat Jonas hielt die in dem Briefe enthaltenen Beleidigungen für sehr schwere. Der Beklagte habe gar keine Veranlassung gehabt, so in Zorn zu geraten, denn die Privatkläger seien die Veranstalter eines in geschlossenen Kreise sich abspielenden Unternehmens, es müsse ihnen daher unbenommen bleiben, zu bestimmen, wessen Anwesenheit ihnen erwünscht sei oder nicht. — Rechtsanwält Friedmann machte dagegen geltend, daß der Angeklagte durch die ihm gewordene Abweisung in der ihr gegebenen Form sich sehr verletzt fühlen mußte. Schließlich würden Eintrittskarten zu den Veranstaltungen der „bösen Buben“ doch an jeden gegeben, der 10 Mark zähle. Die „private“ Veranstaltung und die „Geschlossenheit“ sei nur eine Form für das sonst einer Konzeption bedürftige und vielleicht nicht konzeptionsfähige Theaterunternehmen der Privatkläger. Diese hätten Herrn Freund aufs schwerste auch dadurch beleidigt, daß sie dritten Personen gegenüber den Verdacht ausgesprochen haben, der Beklagte könnte seine Anwesenheit dazu benützen, um sich etwas von ihrem geistigen Eigentum anzueignen. — Der Gerichtshof hielt dafür, daß der Brief des Angeklagten in hohem Maße beleidigend sei und bei weitem das Maß dessen übersteige, was der bei Künstlern vielleicht lästige ungebundene Ton gestatte. Das Ablehnungsschreiben der Privatkläger enthalte objektiv zwar keine Beleidigung, aber man könne doch verstehen, daß der Empfänger sich darüber ärgern mußte. Dies berücksichtigend, erkannte der Gerichtshof gegen Herrn Freund nur auf 50 Mark Geldstrafe.

Ein eigensinniger Arbeitgeber. Der Inhaber des Delikatesswaren-Geschäfts von Wilhelm Lindstedt, Leipzigerstr. 126,weigerte sich, einem Hausdiener, den er am 3. Dezember entließ, ein Zeugnis auszustellen, obgleich der Entlassene unter Berufung auf die Gewerbe-Ordnung ein solches forderete. Der Hausdiener sei zu frech gewesen, er habe kein Zeugnis verdient, meinte Herr Lindstedt. Nachdem der Entlassene wochenlang vergebens versucht hatte, durch briefliche Wiederholungen seiner Forderung ein Zeugnis von seinem früheren Arbeitgeber zu erlangen, wandte er sich an das Gewerbegericht, und dieses beehrte den Arbeitgeber am 7. Januar, daß er zur Ausstellung eines Zeugnisses verpflichtet ist. Ahermalis beringten zwei Wochen, ohne daß der Entlassene ein Zeugnis erhielt. Am 20. Januar fand ein zweiter Termin vor dem Gewerbegericht statt. Hier mußte Herr Lindstedt das verlangte Zeugnis schließlich ausstellen. Gleichzeitig sollte auch eine Entschädigungsfrage verhandelt werden, die der entlassene Hausdiener gegen seinen früheren Arbeitgeber anhängig gemacht hatte. Da der Entlassene ohne Zeugnis über seine bisherige Tätigkeit eine neue Stellung nicht erhalten konnte, forderete er eine Entschädigung von 82 M., er verzichtete jedoch mit dem Beklagten dahin, daß dieser ihm 41 M. zähle. Immerhin eine verdiente Strafe für unbegründeten Eigensinn.

Wegen thätlicher Beleidigung seines Dienstmädchens wurde gestern der Präfixer Heinrich Holmann vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte wurde beschuldigt, sein Dienstmädchen in beleidigender Weise berührt und geschleudert zu haben. Er behauptete, daß dies nur in der Angetrunktheit geschehen sein könne. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommene Beweisaufnahme wußte diese Behauptung aber nicht bestätigt haben, überdies traten zwei ehemalige Dienstmädchen als Zeugen gegen ihn auf, indem sie bezeugten, daß der Angeklagte auch ihnen sonderbare Beweise seiner „Zuneigung“ gegeben habe. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, der Gerichtshof sah aber die Sache milder an und erkannte nur auf 100 Mark Geldstrafe.

Zwei jugendliche Selbstmordkandidaten, die ihren Eltern die Weihnachtsfreude völlig verborben hatten, standen gestern in den Personen der 19-jährigen Buchhalter G. und L. vor dem Schöffengericht, um sich wegen eines ganz thörichten Streiches zu verantworten. Beide waren in einem hiesigen Engros-Geschäft tätig, dessen Chef krankheitshalber längere Zeit von Berlin abwesend sein mußte. Während dieser Zeit waren die Angeklagten mehr als selbst überlassen als sonst. G. trug den Schlüssel zum Geldschrank bei sich, der außer den Geschäftsbüchern auch kleinere Geldsummen beherrschte. Bei dem Mangel einer strengerer Aufsicht verabhielten die beiden jungen Menschen ihre Pläne, die sie sonst ganz eifrig erfüllten und kamen mit Wankungen und der Erledigung sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten in Rückstand. Alle ihre Sünden fielen ihnen ein, als sie erfuhren, daß der Chef am 24. Dezember heimkehren würde. Am überfäll sie eine Angst, die sie ganz laplos machte. Sie waren beide der Meinung, daß ihnen gar nichts übrig blieb, als sich das Leben zu nehmen. Zu diesem Zweck steckte der erste Angeklagte eine Summe von 480 M., die für das Geschäft eingegangen war, zu sich und beide entschloßen, nachdem sie einen Revolver eingekauft und nicht etwa bei Dressel, sondern bei Schinger zu Mittag gegessen hatten. Ihre Uhren schickten sie ihren Eltern mit einigen Abschiedsworten zu. Am ist aber das Revolververkaufen leichter, als die Ausführung eines Selbstmordes. Die beiden thörichten Menschen kamen schon in Ecker auf andere Gedanken, sie ließen vom Selbstmord ab und schickten das gesamte Geld, das sie bei sich hatten, ihren Eltern ein, mit der Bitte, es ihrem Chef wieder zuzustellen. Das geschah denn auch, und der Chef wurde völlig schadlos gehalten. Die beiden Unreifer hatten aber gar keine Vorstellung, was aus ihnen eigentlich werden sollte. Sie wanderten noch kurze Zeit planlos in der Nachbarschaft von Berlin umher und kehrte dann als renige Sünder zu ihren geängstigten Eltern zurück. Inzwischen war bereits Strafanzeige erstattet worden. Die beiden jungen Menschen gaben gestern vor Gericht ihre Ent-

gleichung reuevoll zu. Troydem beantragte der Staatsanwalt je sechs Wochen Gefängnis, da es sich doch um einen erheblichen Vertrauensbruch handelte. Die Verteidiger empfahlen dagegen dringend, den Angeklagten nicht ihre ganze Zukunft dadurch zu verderben, daß man sie für den dummen Streich, der allerdings eine Unterdrückung darstelle, ins Gefängnis schicke. Das Schöffengericht entsprach diesem Ersuchen und erkannte auf je 100 M. Geldstrafe.

Verfasslungen.

Die Freinächte der Bäckergeffellen. Am Dienstagnachmittag beschloß sich eine im Gewerkschaftshaus abgehaltene Wäcker-Versammlung mit der seit Jahren erhobenen aber immer noch nicht durchgeführten Forderung: Gewährung je einer arbeitsfreien Nacht an den drei hohen Feiertagen: Weihnachten, Oßtern und Pfingsten. Der Referent Heischold beleuchtete zunächst die äußerst mangelhafte Befolgung der für das Wäckergewerbe bestehenden Arbeiterschutz-Vorschriften, dann ging er auf das eigentliche Thema der Versammlung ein und führte dazu aus: Drei arbeitsfreie Nächte im ganzen Jahre für die Wäckergeffellen, welche jahraus, jahrein Sonn- und Feiertags ebenso wie an Wochentagen schuften müssen, das ist eine gewiß recht bescheidene Forderung. Sie spielte schon seit einer Reihe von Jahren eine Rolle bei allen von den Wädern geführten Lohnbewegungen, ohne daß sie bis jetzt zur allgemeinen Anerkennung gekommen wäre. Wohl haben die Wäcker-Versammungen in Berlin bei den Einigungs-verhandlungen im Jahre 1900 erklärt, daß diese Forderung durchaus berechtigt sei; aber nur die Concordia-Vereinigung hat sich um die Erfüllung dieser Forderung einigermäßen bemüht, die Germania-Vereinigung hat nichts gethan, um ihre Mitglieder zur Anerkennung der berechtigten Forderung anzuhalten. Wenn ein Teil der Berliner Wäckerereien in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage nicht arbeiten lassen, so ist das im wesentlichen dem Umstände zu danken, daß das Publikum, veranlaßt durch die Aufrufe der Wäckergeffellen, am zweiten Feiertage keine Wäckerwaren kauft. Obwohl sich längst herausgestellt hat, daß die Wäckerarbeit in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage den Meistern keinen Vorteil bringt, ja daß sie die Kosten nicht einmal deckt, müssen doch die Geffellen in einem sehr großen Teil der Berliner Wäckerereien in den genannten Nächten arbeiten, sie haben also während des ganzen Jahres nicht einen einzigen freien Tag. In Rürnberg, Rürich, Würzburg, München und einigen andren baprischen Städten ist die Arbeit in den drei in Rede stehenden Nächten durch Polizeiverordnung bereits verboten. Was sich in diesen Orten durchführen läßt, ist auch anderwärts möglich. Das Bestreben der Geffellen geht nun dahin, durch Petitionen an die Regierungen um Erlaß von Verordnungen zu ersuchen, wie sie in den genannten hönrischen Städten bestehen. Die Petitionen sollen gemeinsam von den Geffellenausschüssen und den Vorkänden der Vereinigungen unterzeichnet werden, wozu sich die letzteren bereit erklärt haben. Für Berlin wird die Petition an den Polizeipräsidenten gerichtet. Der Redner verlas dieselbe. Sie fordert unter ausführlicher Begründung, daß die Herstellung sowie das Ausfragen von Wäckerwaren zu Oßtern, Pfingsten und Weihnachten in der Zeit vom ersten Feiertage morgens 1/2 10 Uhr bis zum zweiten Feiertage abends 1/2 10 Uhr verboten wird. — Zum Schluß betonte der Referent, daß, wenn die gewünschte Verordnung erlassen werden sollte, es Pflicht der interessierten Wäckerarbeit sei, über die strikte Durchführung derselben zu wachen. Ferner betonte der Redner, daß die Gewährung der drei geforderten Freinächte der Anfang sein müsse zur Durchführung der vollen Sonntaggarie im Wäckergewerbe. — Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten in allen Punkten bei. Als Illustration zu dem oft erörtern Thema: Kost- und Logiswesen, hatte ein Versammlungsbesucher sein Mittagessen in natura mitgebracht: Ein Teller starkstark mit einem halben Hering, welches in der Versammlung unter allgemeiner Entrüstung vorgezeigt wurde und als ein in die Augen springendes Beweis dafür diente, wie notwendig die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Wäckergeffellen ist.

Die Versammlung erklärte sich mit der Fassung der ihr vorgelegten Petition einverstanden. Diese wird nun den Vorkänden der beiden Vereinigungen zur Unterschrift präsentiert und dann dem Polizeipräsidenten zugestellt.

Die Drahtarbeiter (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) besprachen am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung die eventuelle Neuregelung ihres Lohnariffs. Die der Referent Biewenthal ausführte, hat es während des vergangenen Jahres wegen Nichtannahme des Tarifs verschiedene Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern der Branche gegeben. In einem Falle ist sogar der seit 27 Jahren in der bestehenden Fabrik beschliffene gegessene Vertrauensmann erloschen worden, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Um nun die Mängel des am 1. April ablaufenden Tariffs zu beseitigen, hat die Kommission bereits einen neuen Tariffentwurf ausgearbeitet, jedoch sind die Verhandlungen darüber mit den Unternehmern noch nicht zum Abschluß gekommen. Bezüglich der Frage, ob der jetzt bestehende Tarif gekündigt werden solle oder nicht, beschloß die Versammlung: Die Mitglieder der Schlichtungskommission erhalten Vollmacht, bei der Ortsverwaltung die Kündigung des alten Tariffs zu beantragen, falls bis zum Kündigungsstermin die Verhandlungen über den neuen Tarif nicht abgeschlossen sind.

Centralverband der Handlungsgeffellen und Gehilfenen Deutschlands, Bezirk Berlin Süden. Freitagabend 9 Uhr: Sitzung im Restaurant zur Luchse, Prinzengrabe 50. Kl. Sader spricht über „Emancipationekämpfe“. Gäste sind willkommen.

Berliner Tanzlehrer-Verein (Freie Vereinigung). Sitzung sowie Liebungsstunden jeden Freitag 9 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Kreuzstr. 3. Prüfung der neu aufgenommenen Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Darmstädter Vergiftungsfall.

Frankfurt a. M., 28. Januar. Nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Darmstadt ist heute mittag die Gemeindefrau Agnes als fünftes Opfer der Vergiftung im Elisabethstift gestorben. Darmstadt, 28. Januar. Laut Meldung der „Darmstädter Zeitung“ beläuft sich die Gesamtzahl der an Vergiftungserscheinungen erkrankten Besucherinnen der Hochschule des Älter Frauenvereins auf 16. Mit der wissenschaftlichen Untersuchung des mutmaßlichen Krankheitsreggers sind die Professoren Gaffly und Postrom betraut worden.

Der französische Senat.

Paris, 28. Januar. (W. L. B.) Der Senat genehmigte die im Haag zwischen Frankreich und mehreren Nächten zur Regelung von Geseesfreiheiten und Greitigkeiten in der Rechtspflege abgeschlossenen Uebereinkommen, erlends bezüglich des Schutzes Kinderjähriger, zweitens bezüglich der Verheiratung und drittens bezüglich der Trennung von Tisch und Bett. Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte das Haus mit 238 gegen 89 Stimmen den Geseesentwurf betreffend Aufhebung der Stellenvermittlungsbureau; die Aufhebung wird jedoch in das Belieben der Gemeinderäte gestellt. —

Madame Humbert.

Paris, 28. Januar. (W. L. B.) Vor dem Berufungsgericht sollte heute die Klage des Bankiers Cattan gegen die Humberts wegen Verleumdung verhandelt werden; die Verhandlung mußte jedoch vertagt werden, da Théroße Humbert sich krank gemeldet und Frédéric Humbert sein Erscheinen verweigert hat.

Hamburg, 28. Januar. (W. L. B.) Der Kassierer einer hiesigen Firma, Pragn, ist nach Untersuchung von 70.000 M. mit seiner Frau flüchtig geworden. — Der 23-jährige Buchhalter Peterfen beging Diebstahlsaktionen in Höhe 100.000 M. Eine mit 90.000 M. beteiligte Firma ist gebekt. Peterfen ist verhaftet.

Reichstag.

20. Sitzung. Donnerstag, den 28. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Götthert (fr. Sp.):

Ich bin mit Herrn v. Heyl durchaus einverstanden, dass der Grimmitzhauser Streik der Sozialdemokratie mehr genügt als geschadet hat... (Text continues with political commentary on labor strikes and government actions)

Auch in dem neuesten großen Streik, dem zwischen Metzger und Krankenschwestern, halten wir es für die Aufgabe der Parteien, sich nicht einzumischen... (Text discusses social issues and the role of political parties)

Verzeihen habe ich im Etat einen Posten für Enquêtes gefordert... (Text mentions a commission and reports related to the state budget)

Bei der Beratung über den Zolltarif habe ich selbst eine Enquete über den Kaufkraft... (Text discusses tariff matters and the impact on the economy)

Herr v. Heyl erwiderte den Gedanken, einen Sozialdemokraten ins Ministerium zu berufen... (Text continues the discussion on ministerial appointments)

Abg. Korfanty (Pol.):

Der Herr Staatssekretär sagte, keiner kann es dem deutschen Arbeiter verwehren, wenn er für die Verbesserung seiner Verhältnisse eintritt... (Text addresses social conditions for workers)

lernen in Deutschland nichts lernen als Repressionsmaßnahmen gegen das polnische Volk... (Text discusses the situation of the Polish population in Germany)

In den Vergewerben werden die Arbeiter gezwungen, sowie ein Beamter erscheint... (Text talks about labor exploitation and the role of officials)

Dabei beschämte ihn der Gemeindevorsteher, dass er nur einige deutsche Worte konnte... (Text describes an incident involving a village official)

Es wird den polnischen Arbeitern vollkommen unmöglich gemacht, ihre hauswirtschaftlichen Rechte auszuüben... (Text discusses the lack of rights for Polish workers)

Graf Sklow sprach im Abgeordnetenhaus von uns als von Wasserpolen... (Text mentions a speech by Graf Sklow in the Reichstag)

Präsident Graf Posadowsky (unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Abgeordneten bitten... (Text is an intervention by the President of the Reichstag)

Abg. Korfanty (fortfahrend):

Ich wollte die preussische Kultur und dies moderne Hochstapletum geißeln... (Text continues the speech on Prussian culture)

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.):

Wir haben an dem sozialpolitischen Wettkampf nicht teilgenommen... (Text discusses social policy and participation in a competition)

eine Verkörperung der parlamentarischen Maschine ablehnen müssen... (Text discusses the role of parliament and social reform)

Der Reichsanwalt hat doch erklärt, er habe der Frauenbewegung sympathisch gegenüber... (Text mentions a statement by the Reich prosecutor)

Vizepräsident Graf Stolberg:

Herr Abgeordneter! Ich habe Ihre Ausführungen über Arbeitslammern... (Text is an intervention by the Vice President of the Reichstag)

Hamburgischer Bundesrats-Bevollmächtigter Syndikus Dr. Schäfer: Die Thatsache, dass eine in Hamburg angemeldete Frauenversammlung... (Text is a speech by Dr. Schäfer regarding a women's assembly)

Aber ich zweifle daran, ob die Altonaer Behörden sie ohne weiteres gestattet hätten... (Text continues the discussion on the women's assembly)

Diese Dame - ich wiederhole es - hat wiederholt (weiterleitend) über dieses Thema gesprochen... (Text continues the speech, mentioning a lady's intervention)

nach meiner Meinung sehr bald eine Lesung der Tribünen zur Folge haben. (Große Heiterkeit.) Die Dame hat, als ihr Schwierigkeiten bereitet wurden, das Thema gewählt: „Unsre Vaterstadt.“ (Heiterkeit.) Das war ja ganz hübsch und harmlos, von einer Hamburger Dame Vorträge über die Hamburger Vaterstadt zu hören. (Heiterkeit.) Es gingen uns aber zahlreiche Beschwerden zu von Befachern jener Vorträge, unter andern von einem jungen Theologen (Stimmlose Heiterkeit), der beobachtet hatte, wie den jungen Mädchen im Alter von 12-15 Jahren, die sich unter den Zuhörern befanden, die wachsende Sinnlichkeit allmählich vom Gesicht abgelenkt werden konnte. (Erneute schallende Heiterkeit.) Die Mädchen bekamen Dinge zu hören, die sie sonst wahrscheinlich in ihrem ganzen Leben nicht zu hören bekommen hätten. Diese Art und Weise des Vortrages bedeutete eine sittliche Gefahr. Diese Damen bedachten trotz ihrer wohlmeinenden Absichten eine weit größere Gefahr für die öffentliche Sittlichkeit als alle diese öffentlichen Einrichtungen zusammen. (Große Heiterkeit.) deren Befähigung diese Damen (Heiterkeit) sich zur Aufgabe gemacht haben. Es ist leicht zu sagen: Die Prostitution gefällt mir nicht! Mir gefällt sie auch nicht. Wenn Sie mir einen Weg angeben wollen, wie man sie beseitigen kann, werde ich Ihnen dankbar sein. Aber so lange es die Erde gegeben hat, hat die Prostitution existiert. (Große Heiterkeit.)

Die Verpflichtung, welche durch diese Thatsache der Hamburger Polizeibehörde auferlegt ist, ist die Pflicht, die Prostitution zu überwachen, damit ihre Schäden auf das allergeringste Maß zurückgeführt werden. Die Hamburger Polizei verfolgt daher mit vollem Bewußtsein das System der Kafernierung, der Kastrierung der Prostitution. Ob Sie das Vorleser nennen wollen, ist mir ganz gleich. (Heiterkeit.) Auf den Namen kommt es mir nicht an, sondern lediglich auf die Sache. Durch das System der Kafernierung wird natürlich erreicht, daß die Prostituierten in bestimmte Straßen ziehen, und daß der andre, der anständige Teil aus der Bevölkerung, aus diesen Straßen mehr und mehr hinauszieht. Das ist ja gerade das, was wir durch unser System erreichen wollen: die Scheidung zwischen den Prostituierten und dem anständigen Teile der Bevölkerung. Ich kenne keine Stadt, in der es so wie in Hamburg anständige Damen möglich ist, auch in den Abendstunden umherzugehen über die Straße zu gehen. (Zuruf links.) Natürlich kommen Befähigungen durch Betrunkene ausnahmsweise auch vor, aber solche Fälle werden von unsern Gerichten besonders streng geahndet. Es wird mir zugerufen, daß die Hamburger Polizei durch diese sittenpolizeiliche Einrichtung viel Geld verdiene. Ich muß die Berechtigung dieser Behauptung auf das allerentschiedenste in Abrede stellen. Eine sehr ernste Frage, die den Reichstag auch verschiedentlich beschäftigt hat, ist ja die des Zufährerturns. Wir in Hamburg sind stolz darauf, daß es uns gelungen ist, dieses Zufährertum nahezu vollständig zu unterdrücken. Weiter ist es uns durch unser System möglich geworden, die Geschlechtskrankheiten auf das geringste Maß einzudämmen. Die Kafernierung der Prostitution hat zur Folge, daß die Prostituierten nicht auf die Straße heraustragen brauchen. (Heiterkeit.) Sie können natürlich auch auf die Straße gehen. (Heiterkeit.) Zur sollen sie den nötigen Anstand bewahren und sich nicht als das zu erkennen geben, was sie sind. So ist es bei uns nicht möglich, daß die Frauen auf der Straße und in öffentlichen Lokalen ihr Gewerbe betreiben, wie das in andern Städten vielfach vorkommt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Hamburger Staatsanwaltschaft es abgesehen hat, gegen eine Person, welche in einer dieser Straßen eine Wohnung an Prostituierte vermietet, strafrechtlich einzuschreiten. Auf diesem Standpunkt steht die Hamburger Staatsanwaltschaft allerdings auch heute noch. Das Reichsgericht sagt, eine Ruppel liegt schon vor, wenn überhaupt gegen Entgelt Wohnungen an Prostituierte vermietet werden. Meinen Sie denn, daß in irgend einer Stadt, wo Prostituierte überwacht werden, die Polizei nicht genau weiß, wo die Prostituierten wohnen. Sie muß es ja wissen, wie soll sie sonst die Prostituierten überwachen? Es ist gewiß nicht angenehm, diesen Schmutz hier aufzuführen; nicht lediglich das Verbrechen, den Standpunkt der Hamburger Behörden vollständig klarzustellen. Sie mögen sich noch so sehr ereifern (Große Heiterkeit), wir werden uns nicht um Haaredbreite von dem Wege abbringen lassen, den wir als den richtigen erkannt haben.

Abg. Wurm (Soz.):

Der Polizeigeist Sachsens hat auch in Hamburg moralische Überhebungen gemacht. Das Verbot einer Bekanntschaft mit der Begründung, es hätten in der anschließenden Diskussion ungeschickliche Dinge gesagt werden können, erinnert an die schlimmsten Zeiten des Ausnahmegesetzes. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern hat Dr. Schäfer uns heute sein Herz ausgegipfelt und zugegeben, daß es in Hamburg Vorbereitungen im polizeitechnischen Sinne gibt. Wenn Dr. Schäfer behauptet, es gebe seit Erschaffung der Welt Prostituierte, so gehörte Eva wohl auch dazu. (Heiterkeit.) Notwendiger aber als die Erwidern auf diese geistvollen Ausführungen über Prostitution scheint es mir, an die vorherige Debatte anzuknüpfen, die sich ja eigentlich nur um uns gedreht hat. Unsre drei Millionen Stimmen haben eben erzieherisch gewirkt. (Lautes Hoi! rechts und im Centrum.) Herr Dr. Müller-Meinungen meinte, wir könnten mit der stolzen Miene des Siegers zugehen, wie kräftig um die Arbeitergunst um die Wette gelaufen wird. Wir könnten das ja. Aber um gewisse mit dieser Praxis verbundene Absichten zu hintertreiben, werden wir unsre Signale aufstellen, nach denen Sie dann weitaufen werden. Denn sie zu erreichen, dazu reicht Ihre Kraft nicht. Sie können den Arbeitern nicht das Gewähren wollen, was von diesen selbst als notwendig anerkannt wird. Wir werden also unsre Anträge in Form von Resolutionen einbringen, ohne indes, wie das Centrum, diese Anträge zurückziehen. Wir wollen zeigen, wie die notwendigen Arbeiter-Schutzgesetze sich von der flauen Bräse unterscheiden, die Sie den Arbeitern bieten. Graf Pofadowy nahm für die Monarchie das Verdienst in Anspruch, die Arbeiterausbeutung eingeleitet zu haben. Aber die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 berufen sich auf die Verhandlungen, welche die Arbeiter schon vorher auf internationalen Kongressen geführt haben. Ich unterwerfe nicht die kleinlichen Motive Bismarcks, der Kaiser habe die Erlasse nur unterzeichnet, um uns bei den damaligen Wahlen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es genügt ja der Wunsch, dem Zug der Arbeiter zur Socialdemokratie Dämme entgegenzustellen. Wir haben stets mit Stolz darauf hingewiesen, daß Deutschland auf vielen Gebieten eine bessere Arbeiterausbeutung hat als andre Staaten, aber mit demselben Stolz darauf, daß Deutschland auch die bestorganisierte Socialdemokratie der Welt hat. Und die wahren beide parallel, das läßt sich Schritt für Schritt verfolgen. Ich gebe dem Grafen Pofadowy zu, daß auch in Republiken Militäre zum Schutze des Kapitalismus bereit steht. Aber er priest die Monarchie als Schutzwall gegen Ausschreitungen der Geldaristokratie und das im Lande des Geldwahlrechts, das Herr v. Hammerstein für das Beste erklärt hat, dies System, das hauptsächlich von der Monarchie erhalten wird, in Sachen von ihr eingeführt ist! In derselben Rede berief sich Graf Pofadowy auf die Aristokratie des Schwes, die herrschen müsse. Solche Widersprüche in einer Rede! Wir haben kein Hehl daraus gemacht und machen keines daraus, daß die Umgestaltung der Produktion den Menschen auch auf politischem Gebiete frei machen wird, daß wir dann keinen Herrscher und keinen Knecht haben werden und das Volk die Bille des höchsten Wesens sein wird. Dann gibt es keine Könige von Gottes oder von Welt's Gnade. Wenn Graf Pofadowy recht hätte, daß die Monarchie in der Socialpolitik führe, so hätte sie bei ihrem Alter schon viel mehr leisten müssen. Was jetzt die Arbeiterschaft ihr abgerungen hat, ist doch zu wenig.

Die Abgg. Erzberger und Dr. Wachen haben die Legenden zu verteidigen gesucht, als sei die Socialreform ausgegangen vom Erzbischof Ketteler von Mainz. Damit befinden Sie (zum Centrum) sich durchaus auf dem Holzwege. Erzbischof Ketteler hat sich allerdings mit Socialreform beschäftigt, aber nicht nur zeitlich nach Lassalle, sondern auch antizipierend an Lassalle. (Sehr

richtig! bei den Socialdemokraten.) Er hat 1864 einen anonymen — nachher von ihm anerkannten — Brief an Lassalle gerichtet mit der Bitte um Rat über Arbeiterangelegenheiten, in die ihn selbst die tiefere Einblick mangelte. Von Anfang an fuhr die Socialpolitik des Centrums in Schlepptau der Socialdemokratie. Ihre (zum Centrum) Vorschläge sind nur Abgüsse unsrer Forderungen. Im Oktober 1848 führte Ketteler auf der Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands aus, daß die endgültige Lösung der socialen Frage der katholische Kirche vorbehalten sei, denn der Staat habe dazu nicht die Kraft. Und was beweist es überhaupt viel, wenn 1848 ein gebildeter Mann über sociale Reform nachdachte? Die Märztage waren vorhergegangen, sogar die Handwerker hielten sociale Tage ab, und auf der Tagung des Arbeiterparlamentes hatten die Arbeiter Berlins den Zehnstundentag gefordert. Wie rüchigständig erscheint demgegenüber die Auffassung in Ketteler's Rede vom Oktober 1848: „Händler, Genossenschaft und Selbsthülfe haben in Verbindung mit großer Rot den Haß der Armen gegen die Reichen hervorgeufen!“ Das ist allerdings eine vorwärtschliche Anschauung über Socialreform. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Im Jahre 1867 wurde der erste Arbeiterschutz-Antrag im deutschen Reichstag ausgearbeitet, und zwar von der Socialdemokratie. Damals hatten Schweizer, Frische und Hasenleber einen ganzen Gesetzesentwurf von 47 Paragraphen ausgearbeitet, in dem der Zehnstundentag, Schutz der Wöchnerinnen, Ausschließung der Kinder von der gewerblichen Arbeit usw. verlangt wurde. Da aber die Liberalen die zuerst verprochene Unterschrift unter den Antrag verweigerten, konnte dieser nicht einmal gedruckt werden und findet sich nicht in den Akten des Hauses. Aber in der Geschichte der Socialdemokratie ist er verzeichnet. 1869 kamen zahlreiche Anträge Debels zur Gewerbe-Ordnung. Damals haben die Windhorp, Reichensperger, Ralindredt nicht mit einer Silbe von Arbeiterschutz gesprochen. Sie haben ruhig zugehört, wie Herr v. Stumm gegen die Arbeiter donnerte und wie der Fortschrittler seine Wige machte über unser Verlangen nach Fabrikinspektoren. Wo blieb da das Centrum? (Zuruf des Centrums: Es war noch gar nicht da!) Als Partei sind Sie allerdings erst 1871 aufgetreten, aber Vertreter Ihrer politischen Gedanken waren in den Communen da schon vorhanden. Der spätere Arbeiterschutzantrag von Galen war sehr schwächlich und verhielt sich mit geringen Forderungen für die Arbeiter gleichzeitig die reaktionäre Forderung der Einschränkung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Herr Erzberger behauptete, Sie hätten keine Angst vor der Socialdemokratie, aber schon 1873 rief Reichensperger mit Hinblick auf die Socialdemokratie: „Kanibal vor den Thoren!“ Damals brach auch in den katholischen Arbeitervereinen Bessfalens die Rebellion aus und sie schickten die Priester und Kapläne los. Nur die Angst trieb Sie, nicht die Sympathie mit den Arbeitern. Wir haben an diesem Wettlauf niemals teilzunehmen brauchen; wir sind stets unbeeinträchtigt auf unser Endziel losmarschiert. Wenn das Centrum es Ernst meinte selbst mit den bischen Abfallzahlungen für die Arbeiter, dann hätte es ganz andere Wege zur Durchsetzung seiner Anträge zur Verfügung. Wir wissen ja, wer in Deutschland regiert. Eine gründliche Beratung seiner Resolutionen ist gar nicht möglich und wenn diese Resolutionen angenommen werden, wird das Centrum auch nur einen Finger krumm machen, um sie bei der Regierung durchzusetzen? Wird es den Stat ablesen? Die Arbeiterklasse verlangt mehr Schutz für die Socialpolitik. Ihre blinden Schiffe, ihr Mordfeuerwerk machen nirgends Eindruck. Wir halten den Arbeiterschutz im Interesse der Kultur für notwendig. Deshalb haben wir, die Intransigenten, die wir angeblich nichts anderes wollen, als alles zusammenhauen, vom ersten Augenblick unsrer Fraktionsbildung an Anträge auf Arbeiterschutz eingebracht, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ohne weiteres zu verwirklichen und anderwärts zum Teil bereits verwirklicht sind. Wenn Sie mit Ihren Anträgen nur paradieren wollen, dann ist es notwendig, mit Ihnen Kontakt zu haben und zu zeigen, wie wenig auf diese Ihre neueste Schwärmerei zu geben ist. Es ist noch gar nicht lange her, da konnte sich das Centrum über den Zehnstundentag nicht einigen. Es war für unsren Antrag nicht zu haben. Unter dem Eindruck des Crimittischerer Streiks, unter dem Eindruck unsrer riesigen Fortschritte bei der letzten Wahl haben Sie sich entschlossen, Ihren Antrag einzubringen. Wir wollen sehen, ob Sie der Regierung, wenn Sie bei Beratung der Resolution eine ablehnende Stellung einnimmt, die gebührende Antwort geben werden. Herr Erzberger hat uns den Vorwurf gemacht, wir seien unter und nicht einig, wir wüßten nicht, was wir wollten, widersprechen uns auf aktuellen Gebieten der Agrarpolitik. Er hat behauptet, unser Genosse Schippl trete für die Agrarpolitik ein und erkläre sie, wie das Centrum, für notwendig zur Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Herr Erzberger ist, wie der heutige Bericht des „Vorwärts“ zeigt, durch eine Rede, die Genosse Schippl im dritten Wahlkreis gehalten hat, in einer auch für unsre Fraktion überraschenden Art und Weise in seiner Auffassung unterstürzt worden. Die Auffassung, der Schippl dort Ausdruck gegeben hat, ist nicht mit dem Standpunkt vereinbar, den er durch die Unterschrift unter dem Aufruf der Fraktion gegen den Zolltarif und auch durch seine Abstinenz bei den Agrarpolitik zu eigen gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Meine Freunde und ich können auch keineswegs verstehen, wie Kollege Schippl zu solchen Anschauungen kommen kann (Hört! hört! rechts) — immer vorausgesetzt, daß der „Vorwärts“ Bericht zuverlässig ist; er ist von einem Berichterstatter gemacht und ein solcher ist nicht immer in der Lage, eine lange Rede kurz richtig wiederzugeben. Nach dem, was im „Vorwärts“ Bericht steht, hat Schippl allerdings alle Veranlassung, das richtigzustellen, was ihn von uns in diesen Anschauungen scheidet, und er wird Gelegenheit haben sich für die Anschauungen, die er ausgesprochen hat, zu rechtfertigen. Die socialdemokratische Partei aber, Herr Abgeordneter Gerstberger, steht nach wie vor auf demselben Boden, auf dem sie gestanden hat, nicht um eines Fingers Breite leicht sie davon ab. (Zuruf: Calwer!) Calwer hat niemals erklärt, daß er außerhalb des Rahmens der von uns gezeichneten Linie steht. (Widerspruch rechts, Auf: Handelspolitik.) Um die Handelspolitik handelt es sich hier nicht, sondern um die Agrarpolitik, und hier steht Calwer auf keinem abweichenden Standpunkte, sonst hätte er nicht die Ausrufe unterdrückt, die er unterzeichnet hat. Also beruhigen Sie sich, die Socialdemokratie hat darum keinen Kummer, wenn mal einer von uns eine Zeilung einen andern Weg einschlägt. Wir brauchen uns nicht zu fürchten, daß die Crockerungen auf dem Dresdener Parteitage und die Volksmassen abspeisig machen. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Parteitage-Protokolle ebenso wie die Bülow Reden verteilt werden. Wenn die nollleidenden Agrarier dazu nicht in der Lage sind, werden wir gern einen Zuzug aus der Agitationsklasse geben. (Heiterkeit.) Wir wissen genau, daß alle diese Auseinandersetzungen, so heftig und scharf sie waren, nicht im geringsten und irgend welche Elemente abspeisig machen können, die überhaupt socialistisch denken gelernt haben, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erlarmt haben. Die wissen, daß wenn ihre Wortführer, ihre Vertrauenspersonen mit einander streiten, welcher Weg der richtige ist, dies doch nur dem guten und christlichen Willen zuzuschreiben ist, den Arbeitern zu helfen. Sie haben ja die Probe auf das Geympel bei den Reichswahlen gehabt. (Zuruf rechts: Aber Stimmen!) Ach, Sie haben viel mehr Stimmen verloren, Sie wissen ja, daß bei den Reichswahlen nie eine solche Verteilung ist, wie bei den Hauptwahlen. Aus dem Dresdener Protokoll geht hervor, daß die deutsche socialdemokratische Partei seit auf dem Boden steht, auf dem sie immer gestanden hat, nachdrücklich das Ziel verfolgt: Befreiung der kapitalistischen Produktionsweise, des Privateigentums an Produktionsmitteln und

Uebersicherung derselben in gesellschaftliches Eigentum. Diesem Ziele strebt sie zu mit jedem Schritt, den sie thut, mit jedem Antrag, den sie stellt. Darüber sind wir niemals Schwankungen unterworfen gewesen in allen Jahrzehnten.

Herr Gamp behauptete, daß die Laurahütte 50 Prozent für Wohlfahrts-Einrichtungen gebe. Im Bericht für 1902 kann ich solche Ausgaben in der Höhe nicht finden (Abg. Gamp: 1901), auch enthalten die Gewerbe-Inspektionsberichte nichts von irgendwelchen besonderen Wohlfahrts-Einrichtungen der Laurahütte. Herr v. Heyl hat behauptet, Genosse Ulrich habe im heijährigen Landtage eine progressive Einkommensteuer vorgeschlagen, welche die reichen Leute mit 18 Prozent ihres Einkommens besteuern wollte. Herr v. Heyl sollte doch nicht so unvorsichtig sein, wider besseres Wissen Behauptungen aufzustellen, die sofort widerlegt werden können.

Präf. Graf Valkstrem: Sie dürfen nicht sagen, daß ein Reichstags-Abgeordneter Behauptungen wider besseres Wissen aufstelle, das ist nicht zulässig.

Abg. Wurm (Soz.):

Thatsache ist, daß der Finanzausschuß in Hessen einen Steuerentwurf des Genossen Ulrich der Regierung zur Prüfung übergab. Der Regierungsvertreter oder mißverstand den Antrag und stellte eine falsche Berechnung auf. Ulrich hat dann selber eine Berechnung aufgestellt, die zu ganz andern Resultaten kam, nach der allerdings der reichste Mann in Hessen, der Herr v. Heyl nicht unbekant sein wird, bei 1 400 000 Mark Jahreseinkommen statt jetzt 92 000 dann 110 000 Mark Steuern zahlen müßte. Herr v. Heyl hat es also verabsäumt, sich über Dinge zu orientieren, die ihn als bestsichenden Landtags-Abgeordneten besonders interessieren müßten. — Daß wir von allen Arbeitern gewählt seien, haben wir nie behauptet, sondern lediglich, daß wir die Interessen aller Arbeiter vertreten. Herr v. Heyl lobte uns gegenüber die Arbeiter in England, Amerika, Neu-Seeland. Die Unternehmern in jenen Ländern aber belächeln die Organisationen der Arbeiter genau so wie die unsrigen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ebenso unrichtig waren die Ausführungen des Herrn v. Heyl über den angeblichen Finanzminister Ernst in der Schweiz. Genosse Ernst ist Regierungsrat in Zürich. Sein Steuereurwurf wird vielleicht abgelehnt, aber von wem? Von den Kleinbürgern und Bauern, weil Ernst den Deklarationszwang einführen will, dessen Einführung in Preußen den Stolz des früheren Fraktionsgenossen des Herrn v. Heyl, des Ministers Biqual bildete! — In Lyon, wo die Reparatursteuer eingeführt sein soll, gibt es kein socialdemokratisches Gemeinderkollegium. Die Leute, die sich in Frankreich socialistisch nennen, stehen zum Teil auf dem Standpunkt der Herr Dunderschen, auch Schulte-Delisch wurde ja Socialist genannt. — Die Behauptung des Herrn v. Heyl, ein socialdemokratischer Gesandter über Arbeitsämter sei von einer Reichstagskommission für unbrauchbar erklärt, ist ebenfalls unrichtig.

Herr Mugdan hat die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf das Handwerk für überflüssig erklärt. Gerade im Handwerk aber herrschen oft die schlimmsten sanitären Zustände, ich erinnere nur an die Bäckereien. Es ist ja auch selbstverständlich, daß gerade der Kleinbetrieb, der kleine Handwerker sich dagegen sträubt, Einrichtungen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter durchzuführen. Natürlich kann uns das nicht hindern, auch von den Handwerkern auf das energischste hygienische Schutzmaßregeln zu fordern. Herr Dr. Mugdan hat es so dargestellt, als ob die freie Arztwahl eine Sache der Socialdemokratie, eine Parteifrage sei. Er möchte wissen, daß in den Reihen der Socialdemokratie sehr verschiedene Ansichten in dieser Hinsicht herrschen. In der „Neuen Zeit“ sind Artikel für und gegen die freie Arztwahl von guten Parteigenossen erschienen. Ich selbst stehe auch heute noch auf dem Standpunkt der freien Arztwahl. Herr Mugdan aber hat weiter behauptet, daß die Parteigenossen, welche für die freie Arztwahl waren, es heute nicht mehr wägen, dafür einzutreten, weil die Kassenbeamten in der Mehrzahl Socialdemokraten seien. Was soll diese Verbächtigung? Sie haben sich das nicht richtig überlegt; es widerspricht Ihrem ganzen Auftreten. In allen Parteien haben wir Gegner und Anhänger der freien Arztwahl; es ist eine Frage der Praxis, keine der Partei. Wir wollen diesen Streit über die Parteigehörigkeit hinausheben; wenn Herr Dr. Mugdan ihn hineinziehen will, so verweigern wir seine eigene frühere Thätigkeit. — Gerade die Ärzte benutzen in ihrem Streit Mittel, die sie bei den Arbeitern als Terrorismus zu bezeichnen pflegen. Sie bezeichnen die Ärzte, die mit den Kassen Verträge abschließen, als Lumpen, mit denen man nicht verkehren dürfe. Dabei ist es ganz falsch, wenn die Ärzte sich mit den Arbeitern in eine Reihe stellen. Sie sind im Besitz ihrer Produktionsmittel und die Krankenlassen sind nicht Unternehmern, sondern Konsumumenten; die Ärzte gleichen vielmehr Unternehmern-Verbänden, wie dem Milchhändler-Ring, den Agrariern. Die freie Arztwahl, die jetzt als Allheilmittel gepriesen wird, hatten wir 1892 gegen die Ärzte zu verteidigen, die damals die verhassten Naturheilkundigen principiell ausschließen wollten. Bei denen war nicht vom Arzt des Vertrauens die Rede. Noch heute verlangen Ärzte, daß Krankenlassen selbst riss promovierte Naturheilkundige nicht beschäftigen. Unwidersprochen ist die Erzählung des Abg. Korstanty über das Benehmen der oberclassischen Ärzte seit Wochen durch die Zeitungen gegangen. Es kann nicht geleugnet werden, die Ärzte führen den Kampf mit Mitteln, die sie nicht anwenden sollten. Paßt es ihnen nicht, in der Gewerbe-Ordnung zu stehen, so paßt es uns schon lange nicht: Wir wollen die Befreiung des Ärzteklerus. Auch uns paßt es nicht, daß er als Gewerbe-treibender allen Wechselfällen des Markts ausgesetzt sein soll. Aber sie sollen für eine verkehrte Gesetzgebung, wie es die Krankenlassen-Gesetzgebung zum Teil ist, nicht die Arbeiter büßen lassen. Sorgen Sie lieber dafür, daß die Krankenlassen-Gesetzgebung geändert wird, dann werden auch größere Mittel zur Verfügung stehen. Und dann dafür, daß die Unternehmern nicht mehr 18 Wochen Unfallszeit auf die Krankenlassen abschließen können und daß sie höhere Beiträge zahlen. Sorgen Sie dafür, daß den Arbeitern die Selbstverwaltung nicht genommen wird. Es schien fast, als wünschte Herr Dr. Mugdan an Stelle der Gewählten Staatsbeamte. Daß ein Freisinniger dieses Reichthum von Selbstverwaltung noch rauben will, das paßt zu dem traurigen Kapitel des Niedergangs des Freisinn. (Widerspruch des Abg. Mugdan.) Sie haben doch in Ihrer Rede gesagt, die Krankenlassen seien nicht um ihrer selbst willen da. Das konnte doch im Zusammenhang nicht anders heißen, als daß Sie die Selbstverwaltung befechtigt wünschen. (Lautes Lachen bei den Freisinnigen.) Sie haben gesagt, Tausende recht gut bezahlte Stellen hätten wir mit unsern Leuten besetzt. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben gesagt, es würde ein greulicher Unfug getrieben. Nachher haben Sie gesagt, Sie würden auch nur Freisinnige als Kassenbeamte anstellen. Wenn Sie bereit sind, Unfug zu treiben, dürfen Sie doch nicht glauben, daß die Krankenlassen es thun. Auch bei den Konsumvereinen erhebt man ja denselben Vorwurf, sie seien socialdemokratisch. Wo rührike, tüchtige Elemente aus dem Arbeiterstande gebraucht werden, da sind es natürlich Socialdemokraten. Sie können sich also die Verbächtigung, daß wir unsren Parteigenossen die „gut bezahlten Posten“ geben, ruhig sparen. Wir kümmern uns nicht darum, welcher politischen Partei die Leute angehören. (Widerspruch rechts.) So beweisen Sie doch das Gegenteil. Sie sind das wohl von uns ab gewöhnt. Wir stellen bei den Kassen die Leute an, die wir für vertrauenswürdig halten. Herr Dr. Mugdan aber wird von den Krankenlassen noch die gebührende Antwort bekommen.

Ich komme zu den allgemeinen Gesichtspunkten, die bei der Gewerbe-Aufsicht maßgebend sind. Zunächst möchte ich das Reichsamt des Innern darauf hinweisen, daß das jetzige Schema der Statistik in den Gewerbe-Inspektionsberichten keinen Vergleich mit dem früheren Schema gestattet. — Weiterhin ist uns das Recht bestritten worden, die Ausführung der Gewerbe-Inspektion

im einzelnen zu kritisieren, da sie Sache der Einzelstaaten sei. Aber in den Einzelstaaten bestehen Landtage, deren bürgerliche Mitglieder nicht im geringsten daran denken, für die Innehaltung der Arbeitergesetz-Bestimmungen zu sorgen. Die Reichsregierung könnte allerdings schon durch ein erinnerndes Wort auf Durchführung dieser Bestimmungen dringen. Wenn sie aber glaubt, daß das nicht geht, warum widerlegt sie sich dann unserm Antrag, die Gewerbe-Aufsicht zur Reichssache zu machen? Wie wir ein Reichs-Gewerbeamt bekommen, haben, so müssen wir auch ein Reichs-Gewerbeamt bekommen. Sonst bleiben alle Arbeitergesetz-Gesetze nur auf dem Papier stehen, und die Unternehmer kümmern sich nicht darum.

Die Gewerbe-Aufsicht steht auch scheinbar mächtig der Thatsache gegenüber, daß in fortwährend zunehmendem Maße Ausnahmen von der Beobachtung der Sonntagsruhe gestattet werden. Besonders Walzhütten-Werken, Zinkhütten, Zuckerraffinerien, Grobmählen und so weiter, lauter Betrieben, die im Besitz reicher Leute sind und sehr gute Dividenden verteilten, werden immer mehr Ausnahmen von der Sonntagsruhe gewährt. Verantwortlich dafür sind ja zunächst die unteren Verwaltungsbehörden; wenn aber das Reichsamt des Innern sich diese Durchbrechungen des Gesetzes gefallen läßt, so wird eben dieses verantwortlich. Das Reichsamt des Innern hat einmal erklärt, es wolle diese Ausnahmen von der Sonntagsruhe verringern. Sofort aber trat der Centralverband der Industriellen in eine Gegenagitatorien ein, wonach die Sonntagsarbeit im Gegenteil noch vermehrt werden sollte!

Auch in der Gewerbe-Aufsicht macht sich die deutsche Zersplittertheit und Kleinräumigkeit geltend. Was in dem einen Lande die Regel ist, wird in dem andern als gemeingefährlich verhorrorisiert. In Baden, Württemberg, Bayern sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten endlich, wie wir das immer empfohlen haben, mit den Gewerkschaften in Verbindung getreten und haben mit ihnen regelmäßige Konferenzen und Diskussionen abgehalten. Das ist, so lange die Arbeiter noch nicht selbst zur Gewerbe-Aufsicht hinzugezogen werden, der richtige Weg, um das Vertrauen der Arbeiter zur Gewerbe-Aufsicht zu gewinnen. In Preußen aber waren nur ganz vereinzelte Beamte dazu bereit, in Sachen denkt man gar nicht daran. In Schwaburg-Sondershausen rühmt sich gar der Gewerbe-Inspektor, eine begründete Beschwerde der Gewerkschaft nicht beantwortet zu haben! (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten. Werken die Herren nicht, wie sie sich mit diesem Unwesen von Angst und Liebe bei den Arbeitern lächerlich machen?

Staatssekretär Graf Boladowitsch erklärte neulich: „Niemand wird es den Arbeitern verständigerweise verdenken, daß sie sich organisieren, um ihre äußere Lage zu verbessern.“ Wir freuen uns dieses Fortschritts in seiner Anschauung seit dem Streikerlasse und dem Zuchtansetze. Aber die dem Staatssekretär unterstellten Organe denken teilweise anders. Ein Teil der Gewerbe-Aufsichtsbeamten berichtet, daß Arbeiter nur deswegen von Unternehmern mißhandelt und ausgebeutet wurden, weil sie organisiert waren. In Stafel verlangte eine Schuhfabrik, daß Arbeiter aus der Organisation austräten. In Sachsen-Altenburg wurden Arbeiter ausgebeutet, weil sie dem Buchbinderverband angehörten. In der Vorzeelan- und Glasindustrie erfolgten große Ausbeutungen organisiert Arbeiter. In Dresden — das liebe Sachsen! — haben Stadtverordnete und Stadtrat sogar den städtischen Arbeitern die Zugehörigkeit zu einem Konsumverein verboten. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten. Dieser Konsumverein, der keine Politik treibt, wenn er auch von Socialdemokraten gegründet ist, hat 28 000 Mitglieder und einen Umsatz von 7-8 Millionen Mark. Das sind Maßnahmen, schäblich als russisch! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Und wie treiben es die Herren, die jetzt in Crimmitschau triumphieren! Eine Firma forderte ihre Arbeiter auf, durch Unterschrift zu bescheinigen, daß sie dem Textilarbeiter-Verein nicht fernere angehören wollten! Das ist die brutale, feindseligste Sache des augenblicklichen Sieges! Aber die Herren Crimmitschauer täuschen sich; sie sorgen nur dafür, daß unsere Partei wieder mehr und mehr wächst! Wieder wird hier deutlich die unüberwindliche Kluft; hüben und drüben — Arbeiter und Socialdemokraten, Kapitalisten und Ausbeuter! In einer Reismühle in Dresden wurde ein Maschinenmeister, der 23 Jahre dort thätig war, auf die Straße gesetzt, weil er sich nicht zum Streikbrecher hergeben wollte! (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten. Ist es verwunderlich, wenn auch einmal Haß bei den Arbeitern entsteht? In Crimmitschau haben sich ja auch die Pastoren — freiwillig oder unfreiwillig — als Soldaten in den Dienst des Kapitalismus gestellt. Pfarrer Schim mußte sich sogar von einem Verurteilten vom Evangelisch-Sozialen Verein sagen lassen, daß er durch sein Vorgehen der Sache des Christentums eminent geschadet habe. Aber dem Kapitalismus ist nur die Achtung wohlgefallen, der Herr Schim angehört. Nicht allein in der harten Bekämpfung der Arbeiter zeigt sich die Klassenfeindschaft, sie zeigt sich auch in der milden Bekämpfung der Unternehmer, die nachher dann noch begnadigt werden. In Steintin verurteilte die Strafkammer einen Tapfermeister zu drei Monaten Gefängnis, weil seine Fahrlässigkeit den Tod eines Arbeiters verschuldet hatte. Alle Instanzen bestätigten das Urteil. Auf dem Gnadenwege aber wurde dann die Strafe in eine Festungsstrafe umgewandelt. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.)

In derselben Reihe stehen die lächerlich niedrigen Strafungen von Unternehmern, die die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung übertreten. Monatlang, jahrelang beschäftigten sie Frauen und Kinder gegen die Vorschriften des Gesetzes, und dann werden sie zu 10, 20 M. Geldstrafe verurteilt. Eine demütigende Stelle wird dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten angewiesen. Sie werden wie Denunzianten und Spitzel behandelt. Das muß die Erbitterung der Arbeiterschaft erhöhen. Alle Verurteilungen von Fabrikanten wegen Verstoßes gegen die Gewerbe-Ordnung sollten zur Kenntnis der Gewerbebeamten gebracht und dem Reichstage in einer tabellarischen Uebersicht Rechenschaft über die Höhe der Strafen erteilt werden. Dabei steigen die Gefahren fortwährend, die den Arbeiter umgeben. Auf die Milliarden wird hingewiesen, die die Unternehmer zu Gunsten der Arbeiter leisten, und auf die schönen Unfallverhütungsvorschriften. In der Praxis ist aber nichts davon zu spüren, die Zahl der Unfälle wächst und es wächst die Zahl der Erkrankungen, die durch mangelnden Schutz gegen Unfallgefahren hervorgerufen werden. Scheinbar ist die Gewerbe-Aufsicht ein wesentlicher Faktor im Deutschen Reich, hauptsächlich aber ist die Zahl der nicht kontrollierten Betriebe ungeheuer groß. Auch die Art der Zusammenlegung der Gewerbe-Aufsicht ist ungenügend. Wann wird die Regierung endlich Wort halten und dafür sorgen, daß hinter die Gesetze auch eine wirksame Kontrolle gestellt wird? Das arbeitende Volk muß seine politischen und wirtschaftlichen Interessen selber in die Hand nehmen. Es hat jahrhundertlang gesehen, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien es nicht schätzen, sondern es verkauft und verraten haben. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Boladowitsch: Auf die Vorgänge in Köln kann ich hier nicht eingehen. Der Reichslizenzler hat allerdings dafür zu sorgen, daß die Reichsgesetze durch Anordnungen der Landesbehörden nicht verletzt werden, aber er kann unmöglich eingreifen, wenn irgend eine Lokalinstanz ein Reichsgesetz etwa heimlich auslegt. Damit würde er in die Autorität der Landesregierungen eingreifen, und die Folge wäre, daß alle Landesverwaltungen unter die Aufsicht des Reichstages gestellt würden. In Köln ist der Aufsicht des Regierungspräsidenten endgültig, und der preussische Handelsminister, an den sich die Beschwerdesteller gewandt haben, kann nur eingreifen, wenn Formalitäten verletzt sind. Uebrigens hat er über den Kölner Fall auch kein Urteil, da ihm der Bericht des Regierungspräsidenten noch nicht vorliegt.

Was die Kartellensquete angeht, so würde sich die zwangweise Vorladung und zugenössliche Vernehmung der Kartellvorsteher gar nicht

empfohlen haben. Nach der Drohung kann kein Geschäftsmann gezwungen werden, über Geschäftsverhältnisse, die für ihn ungünstig liegen, Auskunft zu geben, oder über Jabit- und Geschäftsgeheimnisse auszusagen. Die Enquete, in der Form, wie wir sie veranstaltet haben, hat sehr interessante Auskünfte ergeben und liefert eine ausgezeichnete Grundlage für die gerechte und leidenschaftslose Beurteilung der Kartelle. Wenn Diäten für die Teilnehmer an der Enquete verlangt werden, so läßt sich darüber reden. Die Berichte werden im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht, und der „Reichs-Anzeiger“ ist kein Auktorrecht aus.

Herrn Korianty will ich sagen: ich kenne Obererschlesien genau. Ich entsinne mich noch, wie von seiner polnischen Bewegung dort die Rede war, und wie jeder Obererschlesier es abgelehnt hätte, ein Pole zu sein und sagte: ich bin Preuze. Obererschlesien ist über 600 Jahre von der alten Krone Polen getrennt. Die preussische Regierung wird unter keinen Umständen dulden, daß Obererschlesien zum Schauplatz einer großpolnischen Agitation gemacht wird! (Lebhafte Beifall rechts.) Alle Mittel der Gesetzgebung werden dagegen in Bewegung gesetzt werden, sehr nachdrücklich und sehr energisch! (Lebhafte Beifall rechts.) Auf bei den Socialdemokraten: Es werden noch mehr Polen gewählt werden! Daß man den Teil der Bevölkerung Westpolen nennt, ist ein in Schlenen ganz gebräuchlicher Ausdruck, den der Reichslizenzler adoptiert hat; jede Herabsetzung hat ihm dabei völlig ferngelegen, er hat nur eine Art der polnischen Sprache mit diesem Ausdruck bezeichnen wollen. Die Anfrage des Abg. Dr. Müller über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine will ich heute nicht beantworten, bemue aber die Gelegenheit, dem Herrn Präsidenten zu erklären, daß ich jederzeit bereit bin, der Interpellation Trimbom-Dr. Hise Rede und Antwort zu stehen.

Abg. Dr. Müller fragte ferner nach der Regelung des Automobilverkehrs. So gern wir bereit sind, die ausgezeichnete deutsche Automobilindustrie zu unterstützen, so sollten sich doch die Automobilisten mehr Rücksicht auf ihre Nebenmenschen anfertigen. Ich habe in Berlin Automobile mit folchem Leidtüm und solcher Schnelligkeit davonstiegen sehen, daß es nur ein Zufall ist, wenn nicht ein Unglück dabei passiert ist. Ich glaube, daß dagegen etwas Nachdrückliches geschehen muß. Ein entsprechender Entwurf liegt dem Bundesrat schon vor. Auf ganz anderem Gebiete liegt die Frage, ob gesetzliche Bestimmungen betreffs Haftung der Inhaber von Automobilen im Privatbesitz erlassen werden sollen. Aber von dieser Stelle möchte ich noch einmal an den Herren, die Automobile besitzen, im eignen Interesse ihres Sports- oder Geschäftsverkehrs ans Herz legen, die erforderliche Rücksicht anzunehmen. (Beifall: Sehr richtig!) Der Photographie-Gesetzentwurf ist im wesentlichen festgesetzt, ebenso wie ein Kunst-Schutzgesetz. Der Gesetzesentwurf über das künstlerische und photographische Urheberrecht wird zur Zeit im Reichs-Justizamt ausgefertigt. Der Abg. Dr. Müller hat ferner von der Verordnung über die Steinhauer gesprochen. Ich halte die hierbei getroffene Entscheidung eines Schöffengerichts, daß nach neunmündiger Arbeit die Steinhauer noch andre Arbeiten verrichten können, für unzutreffend. Der Grundgedanke solcher Schutzverordnungen ist doch, daß gewisse Arbeiten so gefährlich, so nervenangreifend sind, daß man nur gewisse Zeit hindurch diese Beschäftigung verrichten kann. Dann seien die Kräfte soweit verbraucht, daß eine Arbeit darüber hinaus gesundheitsgefährlich ist. Wenn nun der Arbeiter nach darüber hinaus mit leichteren Arbeiten beschäftigt werden darf, so ist das immer ausdrücklich gesagt. Bezüglich des französischen Sandsteins liegt der bairischen Regierung schon eine Petition vor; wir müssen ihre Antwort abwarten.

In der Frauenfrage bin ich durchaus dafür, daß den Frauen die Möglichkeit, ihr Brot zu erwerben, nicht erschwert und im Gebiet des öffentlichen Rechtes ihnen freigestellt wird, ihre Interessen in Bezug auf die Ausübung ihres Berufes zu vertreten. Der preussische Minister des Innern hat ja ein Gesetz vorbereitet, durch das den Frauen in dieser Hinsicht weiterer Spielraum gewährt werden soll. Aber verzeihen Sie mir, daß ich es ausspreche — ich werde mir wohl die Feindschaft weiter Frauenfreie zuziehen: Von der Politik sollten die Frauen die Hände waschen und ihre öffentliche Thätigkeit auf das beschränken, was ihren Beruf angeht. Außerhalb ihres Berufes agitatorisch aufzutreten, steht den Frauen nicht an. Ich möchte hier eine allgemeine Bemerkung einschleichen. Man sagt hier oft über Mächtigkeitslosigkeit der verbündeten Regierungen dem Reichstag gegenüber. Ja Sie bringen hier immer dieselben Anträge ein, obwohl Sie wissen, daß ihnen der Bundesrat nicht zustimmt. Wir handeln anders. Wir unterbreiten Ihnen nur Vorlagen, von denen wir mit einiger Sicherheit annehmen können, daß Sie sie acceptieren. Behandeln Sie doch die Frage einmal von diesem Gesichtspunkt. Ich meine, wenn Sie sich etwas mehr beschränken würden, könnten wir beiderseits bessere Geschäfte machen. Herr Wurm hat heute anerkannt, was bisher immer bestritten wurde, daß wir in Deutschland socialpolitisch weiter sind als irgend anderswo. Er hat auf die Volkshaus von 1891 hingewiesen, während ich die Volkshaus von 1881 gemeint habe. Seine Ausführungen über Frankreich und Amerika bestätigten lediglich meine Ausführungen, die dahin gingen, daß auch in monarchischen Staaten plutokratische Ausbeutungen und Auswüchse vorkommen, daß man ihnen aber in Monarchien besser entgegenzutreten kann wie in Republiken. Daran werden Sie auch nichts ändern können, daß die ihren Einfluß geltend machen werden, die durch Bildung, Besitz und historische Lebendigkeit zur Regierung berufen sind. Herr Wurm hat den Vergleich von Arbeitern und Ärzten abgelehnt und sie in Parallele mit dem Mächtigkeitsgehalt; aber der Arzt verkauft doch wie der Arbeiter seine physische, seine geistige Arbeitskraft. Was dem Arbeiter recht ist, ist dem Arzt billig. Ich hoffe, die Krankenassen werden schließlich einsehen, daß sie den Ärzten, studierten gebildeten Leuten, ein höheres Maß von Rücksicht schuldten, als sie bisher glauben. Den Vergleich der Gewerbe-Aufsicht mit dem Reichs-Gesundheitsamt kann ich als richtig nicht anerkennen. Das Reichs-Gesundheitsamt ist eine rein wissenschaftliche Behörde, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben lokale Funktionen, sie müssen also Landesbeamten sein. Daß die Gewerbe-Aufsicht noch verbesserungsbedürftig ist, will ich gern anerkennen. Die Schutzbestimmungen müssen streng durchgeführt werden; es giebt da keine nebensächlichen Bestimmungen, und mit dem Arbeitgeber, der sie nicht einhält und bestraft wird, habe ich nicht das mindeste Mitleid. Wenn aber Abg. Wurm über einzelne Begnadigungsfälle hier gesprochen hat, so kann man da aus der Hand nichts sagen, man muß die Akten und den Einzelfall kennen. (Sehr richtig! rechts.) Den Arbeitern erkenne ich selbstverständlich das Recht zu, sich zu organisieren, aber die Gefahr ist die, daß die rein wirtschaftliche Organisation zu rein politischen Zwecken ausgenutzt wird. Das macht auch die Arbeitgeber den Arbeiterorganisationen gegenüber so feindlich. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Diese Ansicht wird auch von dem Dtsch.-Deutschen Gewerksvereinen geteilt. (Ernennt v. h. d. Soc.) Die Arbeiter würden mehr erreichen, wenn sie sich nur zu rein wirtschaftlichen Zwecken organisierten. Herr Wurm hat sich über die Dreddener Kommune beklagt, die ihren Arbeitern den Beitritt zu einem Pfundverein untersagt hat. Da muß man erst wissen: Was ist das für ein Konsumverein, und allgemein möchte ich sagen, die Arbeiter, die in einem öffentlichen Betriebe Arbeit nehmen, müssen sich klar machen, daß sie nicht das gleiche Maß von Freiheit haben, wie die Arbeiter in privaten Betrieben. (Beifall rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Gadyer (auf der Tribüne unterbänzlich) polemisiert gegen die Bemerkungen des Abg. Wurm über die Statistik der Inspektionsberichte.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Gamp (Rp.): Die Laurastille hat im Jahre 1901 an Dividenden verteilt 2 700 000 M., an Wohlfahrtsvereinigungen aber ausgegeben 2 800 000 M. — Herr Wurm hat mir persönlich einen billigen Preis für den Betrieb der Dreddener Protokolle angeboten:

Präsident Graf Balckrem: Es ist nicht persönlich, was der Herr Abg. Wurm Ihnen billig verschickt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Rudon (fr. Bp.): Ich habe nicht gesagt, daß für das Handwerk eine Gewerbe-Inspektion unmöglich ist, ich habe nur bestritten, daß Handwerk und Jabit in dieser Beziehung gleich behandelt werden sollen, wie es von seiten der Socialdemokratie gewünscht wird. Ich habe auch nicht behauptet, daß alle Socialdemokraten die freie Arztwahl als Partei verwerfen, sondern darauf hingewiesen, daß das offizielle Organ der Socialdemokratie, der „Vorwärts“, diese Frage jetzt als Parteifache erklärt. Ich habe schließlich nur gesagt, daß ich bezweifle, daß socialdemokratische Führer, die früher Freunde der freien Arztwahl waren, noch so für dieselbe eintreten würden wie vor Jahren, und diese Zweifel hat Herr Wurm durch seine Ausführungen glänzend bestätigt. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Abg. Schippel (Soc.): Es ist vorhin die Rede gekommen auf einen Vortrag, den ich am Dienstag gehalten habe. Der Redner selber, mein Reaktionsfreund Wurm, hat zu gleicher Zeit hinzugefügt, daß er annehme, der Bericht sei unrichtig. Mein Vortrag war bestimmt für einen kleinen, geschlossenen Vereinskreis, er war überhaupt nicht bestimmt für die größere Öffentlichkeit. Nachdem aber nun der Bericht in die Zeitungen gekommen ist, nehme ich Anlaß, zu erklären, daß mir vor der Drudlegung der Bericht nicht vorgelegen hat, daß der Bericht viele meiner Ausführungen vollständig verzerrt enthält und daß ich darum jede Verantwortung für den Vorlaut des Berichtes ablehnen muß.

Abg. Wurm (Soc.): Ich habe nicht gesagt, daß Deutschland die beste Socialpolitik in der Welt hat, sondern daß die Fortschritte in unserer Socialpolitik erzielt sind, weil Deutschland die beste Socialdemokratie hat. Wenn der Herr Staatssekretär sich darüber freut:

Präsident Graf Balckrem: Das Freuen des Herrn Staatssekretärs ist nicht Gegenstand einer persönlichen Bemerkung. (Heiterkeit.)

Der Präsident teilt mit, daß der Staatssekretär des Innern sich nunmehr bereit erklärt habe, die Interpellation Trimbom (Reichsfähigkeit der Berufsvereine) zu beantworten. Er werde darauf am Schluß der morgigen Sitzung zurückkommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Eisenbahnfragen.

In der Budgetkommission des Reichstages entspannt sich am Donnerstag bei der Beratung einzelner Forderungen für das Reichs-Eisenbahnamt eine weitläufige allgemeine Eisenbahndebatte. Die Abgg. Gröber und Dr. Spahn beantragen, den Reichslizenzler zu ersuchen, er möge bei den einzelnen Eisenbahnverwaltungen darauf hinwirken, daß den gegenseitigen Konkurrenzmanövern durch Umleitung des Güterverkehrs ein Ende gemacht und daß allgemein für Verbesserung der Anschlüsse Sorge getragen werde. Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes, Dr. Schulz, versuchte vergeblich die Existenz der Konkurrenzmanöver, durch die Preußen sich die andern deutschen Eisenbahnverwaltungen gefügig zu machen sucht, zu bestreiten; es lämen zwar noch Umleitungen vor, sie könnten auch vielleicht noch etwas eingeschränkt werden, im allgemeinen sei aber alles wohlbestellt und er bitte, dem von Dr. Spahn und Gröber angezogenen Artikel 42 der Reichs-Verfassung (der eine gewisse Vereinbeteiligung des deutschen Eisenbahnwesens verlangt) keine allzu große Bedeutung beimessen. Ein gewisser Wettbewerb der einzelnen Bahnen untereinander werde aus finanziellen Ursachen wohl immer bestehen bleiben; gebe eine Verwaltung, wie z. B. die badische im Jahre 1903, in ihren Konkurrenzversuchen zu weit, dann schreite auch schon jetzt das Reichs-Eisenbahnamt ein. Abg. Payer trat den Ausführungen des Präsidenten Schulz entgegen und bewies, daß die einzelnen Verwaltungsstellen nicht loyal gegeneinander handeln; übrigens stimmte er mit Abg. Gröber darin überein, daß die Schuld nicht am Reichs-Eisenbahnamt läge. Abg. Webel führte aus, daß das Reichs-Eisenbahnamt, das letzte Rudiment des Bismarckischen Planes der Schaffung von Reichs-Eisenbahnen, bisher eine fast nur dekorative Rolle gespielt habe. Es liege zweifellos eine gewisse Gefahr in der Personalunion des preussischen Eisenbahnministers und des Chefs der elsaß-Lothringischen Bahnen; durch die außerordentliche Ausdehnung seines Reiches sei Preußen in der Lage, allen andern Verwaltungen eine sehr empfindliche Konkurrenz zu bereiten, und thue das auch. Nicht nur im Güter-, sondern auch im Personenverkehr stiehe man auf die Umleitungen, damit andern Bahnen der Verkehr entzogen werde. Abg. Webel belegte diese Behauptungen mit einer Fülle von Beispielen, gegen die nicht einmal der Versuch der Widerlegung gemacht wurde. Er siehe auf dem Standpunkt, daß eine Verkehrsvereinigung sämtlicher deutschen Bahnen das allerbeste Mittel sei, um mancher Missethat ein Ende zu bereiten.

Einen großen Raum in dieser Debatte nahm der allerneueste „Fall Spahn“ ein. Damit hat es folgende Bewandnis: Abg. Dr. Spahn hat neulich, wie er sich verteidigt, am eignen Leibe die anläßliche Vernachlässigung der Verbindungen zwischen Leipzig und Berlin erfahren müssen; ein Schnellzug von Leipzig fährt in Halle genau in derselben Minute ein, wo ein D-Zug nach Berlin den Bahnhof Halle verläßt. Ein Regierungskommissar suchte diese Absonderlichkeit des Fahrplanes damit zu entschuldigen, daß er mit Überlegenheit Wiens erklärte: „Ja, der Abg. Spahn hätte sollen nur den richtigen Weg einschlagen, nämlich von Leipzig nach Wittenfeld fahren, dann hätte er den gewünschten D-Zug schon erlangt.“ Eifertig behaupteten einige Vertreter bürgerlicher Parteien, wie Dr. Arendt, damit sei die Unhaltbarkeit der Angriffe im Falle Spahn erwiesen und die preussische Eisenbahn-Verwaltung tiefe groß da. Unser Genosse Abg. Ledebour bewies aber an der Hand des Reichs-Ministerbuchs zum letzten Entwurf der Kommission, daß Herr Spahn, wenn er dem Rate des Geheimrats aus dem Reichs-Eisenbahnamt gefolgt wäre, in Wittenfeld nur das zweifelhafte Vergnügen gehabt hätte, den D-Zug — vor seinen Augen vorbeizufahren zu sehen, sistemalen er dort nicht hält! Allgemeines Erschaunen. Entschuldigend des Geheimrats und Ledebour wies ferner darauf hin, daß mit dem Antrag gebrochen werden müsse, für einzelne Privatpersonen Ausnahmen von den Regeln des Fahrplanbuchs zu machen; so ließe zum Beispiel in der Nähe von Hamburg ein Gutbesitzer, für den die Schnellzüge Hamburg-Berlin und ungeleht Fahrplanwidrig an einer kleinen Station zu halten pflegten; diese Station ist Friedrichshagen und der Gutbesitzer — Herbert Bismarck! Auch die Ausnahmehalle in Singelberg erhalten hat, wurde erwähnt. Abg. Dr. Müller-Sagan wies ferner darauf hin, daß ein in Berlin an gewissen Stellen sehr einflussreicher Arzt (Dr. Remers Ned.) für sein Sanatorium in Ghrensmühlen eine Schnellzugstation durchzusetzen vermocht habe, genau so, wie der Minister v. Foddieloff bei seinen Ausflügen nach seinem Hitzergute und seiner Schwelmeier in Karhödt Schnellzüge halten lasse. Alle diese Hinweise vermochten die Kommissare der Regierung nicht zu entkräften.

Die Resolution Gröber-Spahn wurde einstimmig angenommen. Beim Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reiches, der dann verhandelt wurde, bemue Abg. Liebermann v. Sonnenberg die Gelegenheit, als Referent eine kleine Konfusion anzurichten. Er referierte nämlich zu einer ganz falschen Position. Der Korreferent, Abg. Singer, reuete die Geschichte wieder ein und bemue die Gelegenheit, um eine ernste Rahnung an die mit den Bn-Ansührungen für das Reich betrauten Behörden zu richten: In den letzten zwei Jahren waren nämlich Mittel zu einem Umbau des Gebäudes des Rechnungshofes in Potsdam gefordert worden, jetzt wünscht man statt dessen einen Neuba; Abg. Singer meinte, die Unternehmungen und Vorarbeiten müßten doch mit so großer Umsicht geführt werden, daß über eine so wichtige Frage von Anfang an keine Unklarheit bestehen könne. Wegen die Forderung selbst wurde kein Einspruch erhoben.

Freitag: Militär-Etat.

Wahlprüfungskommission.

Am 28. Januar prüfte die Kommission die Wahl des Abgeordneten Graf Wallstrem, Wahlkreis Lublin (4. Oppeln). Graf Wallstrem erzielte mit 12 551 Stimmen; die absolute Mehrheit beträgt 12 605 Stimmen, er hat also nur 246 Stimmen über die Mehrheit erhalten.

in Protest angegebenen Fälle gegen vier Stimmen als unbeachtlich erklärt. Eventuelle Weiberhebung beschloß die Kommission darüber, ob in Soto der Folterkammer durch die Auffstellung einer Schultafel auf einem Tisch des Wahllokals, hinter dem der Wähler beobachtet werden konnte, hergestellt worden sei und ob der Wähler vor dem Wahllokal sich die Stimmzettel von den Wählern zeigen ließ.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstraße 20, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassiererin. 3. Bericht der Biblio-

thekarin. 4. Bericht der Redaktorin. 5. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 6. Vereinsangelegenheiten. Sonnabend, den 20. Februar, findet unser Stiftungsfest statt. Willens zu demselben sind im Verein und in den Jahrestellen zu haben. Der Vorstand.

Marktpreise von Berlin am 27. Januar 1904. nach Ermittlungen des kgl. Volksgeldpräsidiums. Table with columns for commodity names and prices.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Freitag, 29. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues König. Opern-Theater. Schanzpfeilband. Kästige Schönheit.

Urania. Taubanstr. 48/49. Um 9 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Naas: "Chemie der Tolleite."

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Der Tallisman. Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.

Cirkus Busch. Humoristischer Gala-Abend. Zum 10. Male: Aus den Alpen. Bemerkenswert: Der Automobilsturz.

Die Expedition. Karl Kaasch zu seinem heutigen Wiesenfest ein dreimal hundertmaliges Hoch. Die Mitglieder des Bezirks 12 des Centralverbandes der Zimmerleute.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Central-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Das Schwabeneck.

CASTANS PANOPTICUM. Ein Naturwunder: Die bildschönen Herkules-Brüder. Der Indianer-Kiese Mianko Karoo.

Cirkus Schumann. Ammer das Original. Direktor Albert Schumanns neueste und modernere Dressuren. Die phänomenale offene Loop.

Berliner Prater. Kastranen-Allee 7-9. Freitag, den 29. Januar 1904: Bernhard Rose-Theater-Ensemble. Ein vorsichtiger Mann.

Philipp Pracht. Sagen wie allen Kollegen der Firma Hoffmann, Hoffart u. Co., Schöneberg, dem sozialdemokratischen Wahlverein.

Luisen-Theater. Zum erstmalig: Die relegierten Studenten. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Das Räuschen von Delbrom.

Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.

Casino-Theater. Lofbringergäß. 37. Anf. 9, Sonntag 7 1/2. Wie einst im Mai. Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.

Sanssouel. Kolibrier Thor - Stat. der Hochbahn. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hofmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 133. Abends 8 Uhr: Letzte Woche des Oberbairischen Bauern-Theaters.

Residenz-Theater. Direktion S. Rautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Die Empfehlung. Der keusche Casimir.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Hill. Brunnenstrasse 10. Onkel Bräsig. Keine Vorstellung. Sonntag: Keine Vorstellung.

Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Entauptung einer lebenden Dame! Willy Prager mit seinem Schlagel: Die kleine Garnison.

Palast-Theater. Burgstraße 22, früher Fean-Palast. Heute abend 8 Uhr: Extra-Elite-Vorstellung zu halben Kassenpreisen: Die Grille.

Neues Programm: Harry Rogez Hundsdressur. Peik & Collins, Banjo-Virtuos. Lorraine's Lebende Bilder.

Partei-Nachrichten.

Der Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins für Teltow-Beetzow-Storlow-Charlottenburg in der Dienstadt...

In der Besprechung über die Haltung der Reichstagsfraktion zum Herero-Kaufstande sagte Genosse Jubel: er sei in Uebereinstimmung mit anderen Fraktionskollegen der Meinung gewesen...

An dieser Darstellung ist verschiedenes unrichtig bzw. unvollständig. Als am Montag, den 18. d. M. der Reichstagsler den Nachtrags- und Ergänzungsetat im Reichstag ankündigte...

Ob die Abstimmung der Fraktion eine andre geworden wäre, wie Genosse Jubel glaubt, wenn die Sitzung wesentlich früher besucht worden wäre, ist eine müßige Frage.

Mehrere Parteiblätter beschäftigen sich noch mit der Angelegenheit. Die „Frankfurter Volksstimme“ sowohl wie die „Mannheimer Volksstimme“ vertreten in längerer Ausführungen die Ansicht...

Wir glauben, daß nach den inzwischen über die Ursachen des Herero-Kaufstandes in die Öffentlichkeit gedrungenen Berichten die Fraktion auch ohne das Eingreifen der Teltow-Charlottenburger Generalversammlung ihre Stellung einer nochmaligen Prüfung unterzieht...

Socialdemokratische Redakteure im Gefängnis. Dem Genossen Marxwald, der in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“ fünf Monate Gefängnis in Gommern zu verbüßen hat...

Totenliste der Partei. In Dortmund starb der Bergmann Formel als Opfer seines Berufs. Vor einiger Zeit verunglückte er in der Grube Schöner; Steine des Degeberges stürzten auf ihn...

Aus der socialdemokratischen Partei ausgetreten ist der seit einigen Jahren in Dresden wohnende Schriftsteller Lebus. Er hat seinen Austritt schriftlich ohne Angabe von Gründen dem Vertrauensmann und dem Vorstand des Socialdemokratischen Vereins angezeigt.

Der Delegierte Japans beim Internationalen Socialistischen Bureau Sen Katayama hat dem Secretär Victor Serov mitgeteilt, daß er am Kongress von Amsterdam teil nehmen will...

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1903. Das Statistische Amt veröffentlicht die Ziffern des deutschen Außenhandels im letzten Jahre. Danach hat sowohl die Einfuhr als die Ausfuhr im Vergleich zu den beiden darauffolgenden Jahren eine beträchtliche Steigerung erfahren...

Dem Gewicht nach betrug im Jahr 1903 die Einfuhr: 47 034 085 gegen 43 335 652 und 44 304 577 Tonnen (a 20 Centner) in den beiden Vorjahren...

Der Einfuhrwert stellt sich für das ganze Jahr auf: 6290 gegen 5803 und 5710 Millionen Mark in den beiden Vorjahren, daher mehr 493 und 589. Darunter Edelmetalle: 315 gegen 175 und 280 Millionen Mark.

Die Werte für 1903 sind auf Grund der für das Jahr 1902 ermittelten sogenannten Einheitswerte berechnet, und da diese für das letzte Jahr zu einem wesentlichen Teil erhöht oder herabgesetzt werden müssen...

werden müssen, so werden die obigen Werthsummen bei der endgültigen Ermittlung noch manche Änderungen erfahren; doch werden sich, soweit die Preisbewegung des letzten Jahres sich überschauen läßt, die endgültigen Gesamtwerthziffern des letztjährigen Außenhandels eher erhöhen als erniedrigen.

Table with columns for year, Einfuhr (Millionen Mark), and Ausfuhr (Millionen Mark). Rows include years 1894 to 1903.

Berlins Kohlen-Verbrauch. Die Kohlenzufuhr Berlins ist nach dem vorjährigen Rückgang in 1903 zwar wieder gestiegen, aber noch nicht ganz auf die in 1901 erreichte Höhe.

Table showing coal consumption in Berlin and the Rhine region for years 1903, 1902, 1901, 1900, 1899, and 1898.

Von dem Bedarf Berlins an Steinkohlen und Coaks mit insgesamt 1874 539 Tonnen (i. V. 1761 904 Tonnen) wurden gedeckt aus England 342 601 Tonnen (+ 17 867 Tonnen)...

Die sich widersprechenden Nachrichten über die Stahl-Syndikatsgründung, deren wir gestern erwähnten, erklären sich daraus, daß auf der Düsseldorf-Konferenz nicht die Vertreter aller streikenden Stahlwerke...

Deutsche Hypothekendarl. Akt.-Ges. Berlin. Nach dem Geschäftsbericht belaufen sich die Gesamtmaßnahmen des Instituts im vergangenen Jahre auf 5 988 060 M., wovon auf Hypotheken- und Kommunal-Darlehenszinsen 5 633 393 M. entfielen.

Der Hypothekendarl. erhöhte sich von 124 834 135 M. auf 136 070 267 M. um 11 836 132 M.; der Pfandbrief-Umlauf von 117 052 900 M. auf 120 146 500 M. um 3 093 600 M.

Im Berichtsjahre wurden der Gesellschaft 154 freihändige Verkäufe bestehender Grundstücke gemeldet. Die ermittelten Verkaufspreise betragen 16 035 132 M., die Verleihenungen 9 388 250 M., also 58,56 Proz. der Verkaufspreise.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Rummelsburg. Diejenigen Parteigenossen, welche sich noch im Besitz von Sammelbüchern für die Ausgesperrten in Grimmitschau befinden, sowie dieselben mit dem Stempel des hiesigen Gewerkschaftsvereins versehen sind...

Deutsches Reich.

Zur Schneiderei. Die Schneiderei-Aussperrung in Jena erweist sich jetzt auf eine weitere Weise. In dieser wurde am Montag den dort beschäftigten 9 Gehilfen ebenfalls gestündigt. Schnupfleute begleiten die Arbeitswilligen von und nach der Arbeitsstätte...

Werkstatt-Versammlungen, in denen nur Fabrikangelegenheiten erörtert werden, bedürfen einer polizeilichen Anmeldung nicht. Der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Vereins in Solingen, Max Sandler, war angeklagt, das Vereinsgesetz dadurch übertreten zu haben...

Russ Grimmitschau. Bürgerliche Blätter geben jetzt die Zahl der noch Ausgesperrten nur noch auf etwas über 1800 an. Die Werbeten haben nur ungenügende Aufträge.

Der Brand bei der Firma Gebrüder Hoffmann wird einerseits auf Fahrlässigkeit, andererseits auf Verschulden einer Transmissionswelle zurückgeführt. Der entstandene Schaden, der jedoch durch Versicherung gedeckt sein dürfte, wird auf 100 000 M. geschätzt.

Eine Lohnbewegung der Maurer steht für den kommenden Sommer in Bremen bevor. Dort haben die Unternehmer den Maurern eine Verschlechterung des bestehenden Tarifs angekündigt.

Die Unternehmer an den Unterwesertoren planen etwas gegen die dortige Arbeiterschaft. Während man auf der einen Seite die Schiffe möglichst nach andern Kapplätzen dirigiert, so daß unter den Arbeitern bereits eine große Arbeitslosigkeit herrscht...

Schlosser, Maschinbauern, Dreher, Messerschmiede, Schmiede, Schiffbauer, Rieter, Formier, Gießereien, Kupferschmiede, Modellgießerei wollen sich wegen Arbeit an die Arbeitsnachweisse des Arbeitgeberverbandes in Bremen, Weser- und Emsmündungen wenden...

Anmeldungen beim Vorsitzenden des Arbeitervereins Minden i. W. R. Kumpf, Königstraße 40. (Zur Stempel: Bremerischer Landes-Krieger-Verband.)

Hier werden also mit kalibrierter Berechnung Arbeiter auf die Straße geworfen und Arbeitswillige herangezogen zu einer Zeit, wo in der Regel ein Konflikt noch gar nicht erkennbar ist.

Da ähnliche Plakate wie das obige zweifellos sich auch anderswärts finden, sei die Arbeiterschaft unter Hinweis auf die Verhältnisse vor Zug nach den Unterwesertoren gewarnt.

Gewerkschaftliche Fortschritte in Oesterreich. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat soeben ihren Bericht über das Jahr 1903 herausgegeben. Danach hat die Kommission im vergangenen Jahre im monatlichen Durchschnitt für 110 839 Mitglieder von den Gewerkschaften Beiträge erhalten.

Der Arbeitsdienst in der Landwirtschaft. Die Landarbeiter von Nordbrennais (Frankreich) haben den Schiedspruch des Präfeldes angenommen. Danach ist die Arbeitszeit von 1. November bis 1. Januar auf 7 Stunden, von 1. Februar bis 31. Oktober auf 8 Stunden bei dem Lohn von 30 Pf. pro Stunde für die ersten und 35 Pf. für die Anhilfsarbeiter...

Für die Opfer der Ausperrung in Grimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Bismarckstr. 5. Gärner 16,20. Arbeiter v. G. 2. Läger, Köpenick 35,50. Klempner u. Konrad u. Grähler 6,50. Goldschmidt, Spiesstr. 8. Rate 9,75. Pianosfabr. v. Luyk 2. Rate 15,95. ...

Central-Frankenkasse der Maurer zc.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 31. Januar 1904, vormittags 10 Uhr,

im Gewerkschaftshaus:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903, 2. Neuwahl des ersten Kassierers...

Achtung! Töpfer-Träger. Achtung!

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Montag, 1. Februar, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus...

Gruppen-Versammlung der Töpferträger.

Tages-Ordnung: 1. Bekanntgabe über die Verhandlungen mit dem Zunmungs-vorstand...

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus).

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag, 31. Januar, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Öffentl. Versammlung sämtl. Einsetzer

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgeber...

Grosses Sommer-Fest.

Die Teilnehmer werden ersucht, in Sommer-Toilette zu erscheinen.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Treten wir zum Frühjahr in eine Lohnbewegung ein?

Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter

Sektion II Berlin.

Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht vom IV. Quartal 1903.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 30. Januar, im „Volksbause“,

Grosser Wiener Maskenball

verbunden mit den großartigsten Ueberraschungen.

Während der Kallepasse: Humoristische Vorträge.

Aufruf!

Arbeiter-Sport- u. Turnvereine

Arbeiter-Sport-Fest

teilzunehmen, werden ersucht, ihre Adressen bei R. Müller, Weiden-

Konstituierende Versammlung am Freitag,

den 26. Febr., abds. 1/2 9 Uhr, bei Merkowsky, StraÙe 26.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)

Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 30. Januar, im „Volksbause“,

Grosser Wiener Maskenball

verbunden mit den großartigsten Ueberraschungen.

Während der Kallepasse: Humoristische Vorträge.

Aufruf!

Arbeiter-Sport- u. Turnvereine

Arbeiter-Sport-Fest

teilzunehmen, werden ersucht, ihre Adressen bei R. Müller, Weiden-

Konstituierende Versammlung am Freitag,

den 26. Febr., abds. 1/2 9 Uhr, bei Merkowsky, StraÙe 26.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)

Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen

Kolonialwaren-Handlungen.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Reichstag.

Kunsthandlung von Frau Kufasch, Steinmetzstraße 48.

Mittagslokal! Bier oder Kaffee 0,50.

Vereinszimmer! Annenstr. 16.

Vereinszimmer! Glatteinstr. 22.

Vereinszimmer, noch einige Tage frei.

Vereinszimmer, Jagelstraße 28.

Konkurrenzlos! Wer will auf Schaubühne...

Spiegelhaus entlaufen, schwarzer, grau meliert...

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Mietsgesuche.

Wohnungen.

Schlafstellen.

Vermietungen.

Wohnungen.

Schlafstellen.

Frische Wurst

in bekannter label-loser Qualität.

Rich. Augustin, Lindenstr. 69.

Vorwärts-Buchhandlung

Schriften von Karl Marx:

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.

Die Klassenkämpfe in Frankreich.

Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Entwürfe über den Kommunismus.

Zehnarbeit und Kapital.

Das Geld der Philosophie.

Revolution und Konterrevolution.

Das Geld der Philosophie.

Gardinen-Specialhaus

Berlin S., Oranienstr. 158.

Emil Lefèvre.

Wunderbare Neuheiten.

Gardinen, Stores, Vitrages in

Restbestände, 2 bis 6 Fenster,

Special-Katalog mit circa 600

gratis und franco.

Arbeiter-Radfahrerverein

„Berlin“.

Sonntagmittags 1 Uhr:

Schlesische Brücke nach Schmiedewitz

Schlesische Brücke nach Schmiedewitz

Dr. Schünemann

Specialarzt für Haut, Horn- und

Stoff-Reste

spottbillig.

Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C., Rosenthalerstr. 2

Koch & Seeland.

Armin-Hallen

Kommandantenstr. 20

empfehlen ihre Festhüte mit und

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Mietsgesuche.

Wohnungen.

Schlafstellen.

Vermietungen.

Wohnungen.

Schlafstellen.

Wohnungen.